

Nachabonnements für den Monat Juni werden von allen Postämtern des Deutschen Reiches und der Österreichisch-Ungarischen Monarchie sowie für Leipzig von der Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung in Leipzig (Duerstraße Nr. 29) zum Preise von 2 Mark 50 Pf. angenommen. Von auswärts können Nachabonnements für diese Zeit auch direkt bei der Expedition erfolgen zum Preise von 3 Mark und ist dieser Betrag franco einzuschicken, worauf die Auslieferung jeder Nummer unter frankiertem Kreuzband geschieht. Angefischt der in diesen Monat fallenden Verhandlungen des Deutschen Reichstages wird zu zahlreicher Betheiligung an diesem Nachabonnement ausgesondert.

Telegraphische Depeschen.

* Wien, 21. Mai. Der Fürst Alexander von Bulgarien wurde heute vom Kaiser in Audienz empfangen und besuchte sodann den Minister des Auswärtigen, Grafen Andrássy, mit welchem er eine einständige Unterredung hatte. Gestern machte der Fürst einige Stunden nach seiner Ankunft dem deutschen Botschafter Prinzen Reuß einen Besuch. Am Freitag Abend reist der Fürst nach Berlin ab. Man verkehrt, dasselbe fasst seine Mission in durchaus europäischem Geiste, fern von jeder einseitigen Tendenz, auf.

* Wien, 22. Mai. Fürst Alexander von Bulgarien nahm gestern Abend nach seiner Unterredung mit dem Grafen Andrássy an der Hostafel in Schönbrunn teil, zu der auch der Erbgroßherzog von Weimar nebst Gemahlin, der deutsche Botschafter Prinz Reuß nebst Gemahlin sowie die obersten Hofchargen geladen waren. — Der Kaiser verließ dem heutigen päpstlichen Nuntius Jacobini das Großkreuz des Leopoldordens.

* Rom, 21. Mai. In dem jetzt veröffentlichten Bericht des Centralbüro des Senats über die Sankt Gotthardbahnvorlage wird das Ministerium aufgefordert, mit den beteiligten Regierungen Verhandlungen einzuleiten, damit Italien in der Verwaltung der Sankt Gotthardbahn Gesellschaft ausgiebiger vertreten sei. Ferner solle das Ministerium dahin wirken, dass die Linie Gubiasco-Lugano gleichzeitig mit der Linie Turmensee-Dino vollendet und auf die Erhebung einer Uebertage für Waaren und Reisende mit gewöhnlichen Zügen auf gewissen Theilen der Linie Gubiasco-Lugano verzichtet werde.

* Paris, 21. Mai. Die Tarifcommission hat die in dem von dem Deputierten Méline erstatteten Berichten enthaltenen Anträge auf Erhöhung der Steuer auf Baumwollgarne angenommen.

* Paris, 22. Mai. Die Agence Havas lädt sich aus Athen melden, die griechische Regierung habe ein Lager für 10000 Mann in Lapeno an der Grenze von Epirus errichten lassen, ein zweites Lager werde an der östlichen griechischen Grenze errichtet.

* London, 21. Mai abends. Unterhaus: Bei den Verhandlungen über die zweite Lesung der irischen Universitätsbill stimmte der Schatzkanzler Northcote der Annahme der zweiten Lesung zu, ohne sich jedoch mit dem Princip oder den Bestimmungen der Bill im einzelnen einverstanden zu erklären. Derselbe fügte hinzu, dass er über die Wirkung der Bill erst weiteres abwarten und in Erfahrung bringen wolle, wie die Bill in Irland angesehen werde. Der Schatzkanzler betonte endlich, dass vom Parlament schon festgestellt sei, dass der Ueberschuss aus den Kirchenfonds nicht zu ausschließlich konfessionellen Zwecken verwendet werden dürfe. Schließlich wurde die Debatte vertagt.

* Wien, 21. Mai. Meldungen der Politischen Correspondenz. Aus Konstantinopel: „Bezüglich der Neuherzung des Generals Obrutschew, der Sultan habe auf die Besiegung des Balkans verzichtet, ist von Seiten der Pforte auf diplomatischem Wege bemerk't worden, dass der Sultan das ihm durch den Berliner Vertrag zuerkannte Recht keineswegs aufgegeben habe. Der Sultan behalte sich vielmehr vor, nach Umständen und im Interesse seines Reiches von diesem Rechte Gebrauch zu machen, den Fall nicht ausgeschlossen, dass dies schon in nächster Zeit rücksichtlich bestimmter Verhältnisse geschehen werde.“ — Aus Philippopol: „Aleko-Pascha wird am 25. Mai auf ostromelischem Gebiete eintreffen und daselbst eine Proclamation erlassen, in der er auch seiner bulgarischen Abstammung gedenken wird.“

* Konstantinopel, 21. Mai. In der heutigen Sitzung der internationalen Commission teilte der Präsident mit, dass das organische Statut sanctionirt sei und dass dasselbe zur Veröffentlichung gelangen werde.

Die neue Uera.

N.L.C. Berlin, 21. Mai. Schlag auf Schlag hat sich die parlamentarische Krise der letzten Tage vollzogen. Der 21. Mai bezeichnet einen hochbedeutsamen

Wendepunkt in unserer politischen Entwicklung. Von einer Majorität von 195 gegen 129 Stimmen getragen, hat der conservative Präsident die Leitung des Reichstages übernommen. Soweit sich die geheime Abstimmung controlliren lässt, haben Conservative und Centrum geschlossen für Hrn. v. Seydewitz gestimmt; nur von den Freiconservativen sind einige wenige seitab gegangen. Als in der vorigen Woche die gleiche Coalition die Candidatur Benigni für den Vorsitz in der Tarifcommission zum Scheitern brachte, suchte man die politische Bedeutung des Ereignisses durch das Hervorkehren rein wirtschaftlicher Motive zu vertuschen. In Bezug auf den heutigen Vorgang wird man sich diese Mühe hoffentlich sparen. In allen Parlamenten der Welt gilt die Präsidentenwahl als eine politische Angelegenheit ersten Ranges. Und wenn sie im Deutschen Reichstage je der vollgültige Ausdruck der politischen Lage gewesen ist, so ist sie es heute; denn sie bringt aller Welt zu klarer Auseinandersetzung, was lange nebengleich in der Lust schwiebte, unermüdlich abgeleugnet ward und nun doch als das weitreichendste Ergebnis der politischen Wirren dieser letzten Monate sich herausgestellt hat: das Bündnis der Conservativen mit den Ultramontanen. Wer will dies Bündnis angesichts des vorliegenden Wahlresultats noch in Abrede stellen? Wer will uns glauben machen, das Centrum — „die stärkste Fraktion des Reichstages“, wie es sich so gern nennen lässt — würde nicht auch jetzt wieder, wie zu Anfang der Session, den Präsidentenstuhl für sich in Anspruch genommen haben, wenn ihm nicht von conservativer Seite Garantie für die erste Vicepräsidentenstelle, von welcher Hrn. v. Staußenberg ohne Zweifel zurücktreten wird, geleistet wäre?

So ist denn mit dem 21. Mai die Partei, welche vor wenigen Jahren noch vom Fürsten Bismarck die geistige Oberherrschaft des Kullmann'schen Attentatschuld gegeben ward, die Partei, welche bis in die jüngste Zeit herein nach der gemeinsamen Auseinandersetzung aller auf dem Boden unserer nationalen Neugestaltung stehenden Elemente als berechtigte politische Partei überhaupt nicht anerkannt wurde, eingetreten in die Reihe der „maßgebenden“ Factoren unsers politischen Lebens. Wunderbare Wechsel! Das neue Präsidium des Reichstages, wie es voraussichtlich in wenigen Tagen vor uns stehen wird, hat nur noch in der besseren Stellung des zweiten Vicepräsidenten einen Mann, welcher der Umgestaltung der deutschen Dinge seit dem Jahre 1866 wol von Anfang an mit ganzem Herzen zugethan gewesen ist; der Präsident und der mit Sicherheit zu erwartende erste Vicepräsident gehören ihrem politischen Glaubensbekenntnis nach Parteien an, die lange Jahre — wo nicht, soweit das Centrum in Betracht kommt, bis auf den heutigen Tag — zu jener Politik des Fürsten Bismarck, die ihm die Liebe des deutschen Volkes erwarb, in mehr oder minder feindseligem Gegensatz gestanden haben.

Ohne Zweifel wird es nicht an Leuten fehlen, die sich über diese Erscheinung mit dem genialen Einfall der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung trösten, welche seinerzeit das Eintreten Barnbiller's in die Tarifcommission des Reichskanzlers als einen Sieg des nationalen Gedankens über den württembergischen Particularismus feierte. Möchte ihnen nur der Trost nicht durch die fatale Lehrseite des blendenden Arguments verdorben werden! Bekanntlich hatte Hr. v. Barnbiller, als er den Vorsitz der Tarifcommission übernahm, nicht seinen wirtschaftlichen Standpunkt verlassen, sondern er hatte den Kanzler von dem dialektal entgegengesetzten Standpunkt zu sich herübergezogen. Wie, wenn es sich jetzt mit dem „Siege des nationalen Gedankens“ in dem grösster politischen Rahmen ähnlich verhielte? Durchaus unmöglich ist uns natürlich der Gedanke, dass Fürst Bismarck sich jemals auf vollständig denselben politischen Boden mit dem Ultramontanismus begeben könnte. Auch die ausgesprochen reactionäre Tendenz, welche der Deutschconservatismus vertreibt, wird schwerlich seinen Plänen entsprechen. Aber wer blügt dafür, dass die mit der neuen Constellation eingeleitete Entwicklung nicht stärker wird als selbst unser großer Kanzler? Wer blügt dafür, dass nicht wenigstens dann, wenn uns einmal die staatsmännische Kraft des Fürsten Bismarck auf immer fehlen sollte, das Reich in Bahnen geleitet

würde, die seinem Ursprunge durchaus widersprechen?

Fürst Bismarck sprach im vorigen Herbst die Hoffnung aus, dass die Majorität, welche das Socialistengesetz annehme, auch darüber hinaus als eine zuverlässige Stütze der Regierung fortbestehen werde. Diese Majorität bildeten die National-Liberalen und die Conservativen; der stärkste Bestandteil der Minorität war das Centrum. Heute ist das Centrum der stärkste Bestandteil der Majorität, einer Majorität, aus welcher die national-liberale Partei in demselben Augenblicke mit Naturnothwendigkeit ausscheidet.

Ein Reichsgesetz über das Eisenbahnwesen.

Ein Antrag Preußens betreffend die Einsetzung einer Commission zur Aufstellung des Entwurfes eines Reichsgesetzes über das Eisenbahnwesen lautet:

Zur Durchführung der Bestimmungen der Reichsverfassung über das Eisenbahnwesen bedarf es eines Reichsgesetzes, dessen Erlass bereits in dem Gesetz vom 27. Juni 1873 betreffend die Errichtung eines Reich-Eisenbahnamtes (§. 5) in Aussicht gestellt und im Reichstage wiederholt urgirkt worden ist. Die Entwürfe eines solchen Gesetzes, welche bisher bei dem Reichs-Eisenbahnamte aufgestellt und zur Kenntnis der verbündeten Regierungen gebracht sind, haben die erforderliche Basis zu einer Verhängigung nicht gewinnen lassen. Um ihrerzeit die Errichtung dieser für die Wohlfahrt des Reiches und seiner Glieder so wichtigen Angelegenheit nach Kräften Vorarbeit zu leisten, hat neuerdings die preußische Regierung die anliegenden Entwürfe: 1) eines Reichsgesetzes über die Errichtung eines Reich-Eisenbahnamtes, 2) eines Gesetzes über die Errichtung eines Reich-Eisenbahnrathes, 3) eines Gesetzes über die Errichtung eines Verwaltungsrates für stellige Eisenbahnverwaltungshäfen ausarbeiten lassen und vertraut den verbündeten Regierungen mitgetheilt. Die Meinung ist hierbei jedoch nicht gewesen, dass es für das weitere Verfahren sich empfiehlt, im Wege der schriftlichen Verhandlung das Einverständnis der hohen Repräsentanten über die bezeichneten Entwürfe herbeizuführen, vielmehr ist für zweckmäßig erachtet worden, dass die Aufstellung eines dem Bundesrathe vorzulegenden Entwurfes eines Reichsgesetzes über das Eisenbahnwesen einer besondern Commission übertragen werde, welcher die oben bezeichneten Entwürfe als Grundlage, beziehentlich Material für die Beratung zu überweisen sein würden. Dem Ermeessen der Commission würde es dann zu überlassen sein, ob sie für die Lösung dieser Aufgaben an Stelle der gedachten Entwürfe einen selbständigen Entwurf ausarbeiten und vorlegen will. Die Commission würde den Verhältnissen entsprechend zweckmäßig aus neu Mitgliedern zu bilden sein, von welchen je zwei seitens des Reiches und Preußens, je ein Mitglied von Bayern, Württemberg, Sachsen, Hessen und Baden zu ernennen sein möchten. Die Ernennung des Vorsitzenden würde der Reichskanzler vorzubehalten sein; auch möchte der zu beruhenden Commission das Recht einzuräumen sein, in geeigneten Fällen durch Requisition der Reichsbeziehenden Landesregierungen Material einzuziehen, schriftliche Gutachten zu erfordern und durch Bernehmung sachverständiger Personen die für erforderlich erachteten tatsächlichen Unterlagen zu beschaffen. Es wird demnach beantragt: der Bundesrathe wolle die Beratung einer dem vorstehenden Vorschlage entsprechenden Commission zur Aufstellung und Vorlage des Entwurfes eines Reichsgesetzes über das Eisenbahnwesen beschließen und derselben die anliegenden Entwürfe überweisen. Mit Rücksicht auf die unter dem 7. Febr. und 18. März bei dem Bundesrathe eingebrachte Präsidialvorlage betreffend das Eisenbahngittertarifwesen sind in dem Entwurf des Gesetzes über das Eisenbahnwesen dienige Abschnitte, welche die gesetzliche Regelung des Tarifwesens enthalten würden — Art. 29—32 einschließlich — offen gelassen. Da die Regelung dieser Materie für den Güterverkehr, welche nach der Präsidialvorlage als die Aufgabe eines zu diesem Zwecke besonderen einzuliegenden Ausschusses bezeichnet ist, mit den für den Personenverkehr zu erlassenden gesetzlichen Vorschriften im Zusammenhange steht, so würde die nach dem vorliegenden Antrage zu errichtende Commission die Redaction des bezüglichen Theiles in dem Entwurf des Gesetzes über das Eisenbahnwesen möglichst bis dabin aufnehmen, dass der vorliegende Ausschuss durch die Aufstellung des Gesetzentwurfes für die Regelung des Gütertarifwesens seine Aufgabe beendigt haben wird.

Der Gesetzentwurf über das Eisenbahnwesen umfasst 49 Artikel und 5 Abschnitte. Art. 1 lautet: Die Bestimmungen dieses Gesetzes finden auf alle Eisenbahnen im Deutschen Reich Anwendung, welche zum Betriebe mittels Dampfstraßen befürderung von Personen oder Gütern im öffentlichen Verkehr bestimmt sind.

Der erste Abschnitt umfasst die allgemeinen Bestimmungen. Art. 2 lautet:

Die Aufsicht über das Eisenbahnwesen steht dem Reich zu, soweit dieselbe nicht den Landesregierungen nach ausdrücklicher Bestimmung dieses Gesetzes verbleibt; alle sonstigen den Landesregierungen nach gesetzlichen vertragsmässigen, concessionsmässigen oder statutarischen Bestimmungen

Zustehenden Befugnisse gehen, soweit sie das Gebiet der Reichsaufsicht betreffen, auf das Reich über. Die Reichsaufsicht über das Eisenbahnwesen schließt innerhalb ihrer Zuständigkeit die Landesaufsicht aus. Art. 3. Die Reichsaufsicht über das Eisenbahnwesen wird durch das auf Grund des Gesetzes vom 27. Juni 1873 eingestellte Reichs-Eisenbahnamt als Reichsaufsichtsbehörde und durch von diesem reisortirende Reichs-Eisenbahncommissare ausgeübt. Die Amtswirksamkeit der letztern wird, soweit dieses Gesetz nicht über dieselbe Bestimmung trifft, durch kaiserliche Verordnung geregelt. Die Reichs-Eisenbahncommissare werden vom Kaiser ernannt; Sitz und Geschäftsbereich bestimmt der Reichskanzler.

Der zweite Abschnitt behandelt die baulichen Einrichtungen und das Betriebsmaterial, der dritte betrifft den Betrieb der Eisenbahnen, der vierte die Verwaltung der Eisenbahnen, der fünfte die Reichsaufsicht. Endlich folgen noch Schlussbestimmungen. Der Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung eines Reichseisenbahnrates umfaßt 8 Artikel und ordnet die Einsetzung einer begutachtenden Behörde aus mindestens fünf ständigen Mitgliedern einschließlich des Vorsitzenden und aus nicht ständigen Mitgliedern an, welche in der Eisenbahnverwaltung, Handel, Industrie, Landwirtschaft, Landesverteidigung sachverständig sein müssen. Endlich zerfällt der Entwurf über das Reichsverwaltungsgericht für streitige Eisenbahnverwaltungssachen in 31 Artikel. Das Gericht ist im wesentlichen eine Rechtsinstanz gegen die Entscheidungen des Reichseisenbahnamtes. Die Einführungstermine sind überall offen gehalten. Die Entwürfe sind von einer erläuternden Denkschrift begleitet.

Die Zoll- und Steuergesetze im Deutschen Reichstage.

© Berlin, 21. Mai. Vicepräsident Dr. Lucius eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Min.

Das Haus tritt sofort in die Tagesordnung ein, deren ersten Gegenstand die Wahl des ersten Präsidenten bildet.

An der Abstimmung beteiligen sich 324 Mitglieder; ein Zettel (auf „Valentin“ lautend) wird für ungültig erklärt, ebenso 119 (von der linken Seite des Hauses abgegebene) weiße Zettel. Die absolute Mehrheit der verbleibenden 204 gültigen Stimmen beträgt 103; davon haben erhalten Abg. v. Seydewitz 195, Abg. Dr. Lucius 4, die Abg. Graf Bethuß-Huc, Fritzsche, v. Benda, Dollfuß und Richter-Hagen je 1 Stimme. Vicepräsident Dr. Lucius richtet an den Abg. v. Seydewitz die Frage, ob er die auf ihn gefallene Wahl annehmen wolle.

Abg. v. Selbstbewusst:

Meine Herren! Ihre Wahl trifft mich, wie ich gesiehten muß, unerwartet und unvorbereitet. Ich weiß, welche Schwierigkeiten mit dieses Amt, das Sie mir übertragen wollen, auferlegt. Schwierigkeiten, welche um so größer sind, als vor mir auf diesem Platz ein Mann gesessen hat, der durch seine ungewöhnlich hohe Befähigung unsere allseitige Anerkennung verdient und erworben hat. (Lebhafte Bravo!) Ich nehme aber dennoch die Wahl an, weil ich mich für verpflichtet halte, in einem Augenblick wie der gegenwärtige alle meine Kräfte, so schwach sie sein mögen, der Förderung des gemeinsamen Wohles unsers Vaterlandes zu widmen, und ich bitte, daß Sie mich in diesem Streben, bei dieser Arbeit auch in der Geschäftsführung unterstützen, und zwar auf allen Seiten unterstützen. (Der Redner wendet das Gesicht bei diesen Worten nach links.) Seien Sie überzeugt, ich werde Unparteilichkeit und Gerechtigkeit überall nach jeder Seite hin! (Lebhafte Beifall.)

Nachdem der Präsident v. Seydewitz auf dem Präsidentenstuhl Platz genommen hat, wird in der zweiten Berathung über die Getreidezölle fortgefahren.

Die Discussion war gestern vertagt worden bei Pos. 9a und b: Weizen, Hafer, Hülsenfächte pro 100 Kilogramm 1 M.; Roggen, Gerste, Mais und Buchweizen 50 Pf. Mit zur Discussion steht der Antrag der Abg. Günther-Sachsen und Frhr. v. Mirbach auch für Roggen 1 M. soll zu erheben.

Wba. Dr. Krebs (Deutschekonservativer):

Abg. Dr. Hesse (deutschconservativ):
Er hoffe, daß die zum Schutz der nationalen Arbeit zusammengetretene freie wirtschaftliche Vereinigung bei den Betreibezöllen ihre Feuerprobe bestehen werde. Bei allen neuen Zollvorschlägen haben sich die Angriffe wesentlich dahin gerichtet, daß die Zollsäge zu hoch gegriffen sind, bei den Betreibezöllen kann von einem solchen Einwande absolut nicht die Rede sein, im Gegentheil gewinnt die Ansicht an Geltung, daß die vorgeschlagenen Zölle nicht hoch genug sind, und aus dieser Überzeugung entstand der auch von mir unterzeichnete Antrag v. Weitbach, dessen Annahme ich Ihnen empfehle. Unsere wirtschaftliche Lage weist uns darauf hin, eine Steuerreform vorzunehmen, und diese kann nicht anders erfolgen als auf dem Wege der indirekten Steuern. Einen Theil dieser Wirtschaftsreform bildet nun auch der Schutzzoll auf Erzeugnisse der Landwirtschaft; denn wenn dieselbe heute unter dem Import des Auslandes schwer zu leiden hat, so ist das ein durchaus unnatürlicher Zustand. Bis 1860 überwog bei uns die landwirtschaftliche Ausfuhr die Einfuhr um ein Bedeutendes, seitdem erst ist eine Aenderung eingetreten nach der umgekehrten Richtung hin, und wir wissen, wie sehr darunter die Landwirtschaft zu leiden hatte und noch zu leiden hat. Um nun mit Zöllen der Landwirtschaft zu helfen zu kommen, muß man unserd Erachtens den Zoll für Korn nicht niedriger messen als für Weizen. Wir schlagen Ihnen für beide Betriebsarten den einheitlichen Zoll von 1 M. vor. Es ist, seitdem wir in Deutschland wieder ein einheitliches Reich

sehen, unabweisbar an uns die Aufgabe herangetreten, unserer Industrie und Landwirtschaft wenigstens den einheimischen Markt zu sichern. Auf dem Gebiet der ersten zeigt sich heute eine Erscheinung, die ich mit Freuden begrüße, daß man nämlich einsieht, die Pflege des ausgedehnten Exportes sei von einer weit geringeren Bedeutung als die Sicherheit des inländischen Marktes. Damit aber auch die Landwirtschaft sich diesen zu sichern vermag, muß man sie mit Zöllen sichern. Wir dürfen uns dem landwirtschaftlichen Betriebe gegenüber nicht auf den Standpunkt des Manchesterthums stellen, wir müssen hier thatkräftig eingreifen, und so wird von uns die sociale Frage am besten gelöst werden können. (Beifall rechts.)

Abg. Hoffmann (Fortschritt) referirt namens der Petitionscommission über die bekannte Petition des am Sonnabend in Berlin versammelt gewesenen deutschen Städtetages (gezeichnet Strahmann, v. Stromer-Nürnberg ic.), die sich gegen die Getreidezölle in Form einer mit 64 gegen 4 Stimmen gefassten Resolution ausspricht. Der Referent stellt anheim, die Petition durch die über die Getreidezölle zu fassenden Beschlüsse für erledigt zu erklären.

Abg. Dr. Delsbrüg:

Der Herr Vorredner hat recht mit seiner Meinung, daß alle vorgeschlagenen Getreidezölle ungenügend sind, um die Vortheile zu erreichen, welche er für die Landwirtschaft verlangt. Nach den Zusammenstellungen des preußischen Statistischen Bureau über die Marktpreise in Preußen seit 1871 ist keine Verschlechterung der Preise für Getreide constatirt. Wenn man aber die Prämissen des Vorredners als richtig zugeben wollte, dann ist der Landwirtschaft überhaupt nicht zu helfen, oder nur, wenn eine gleitende Scala der Zölle eingeschafft, d. h. dem Landwirth von Staats wegen

ein Preis garantiert wird. Dann kann vielleicht auch das Ideal erreicht werden, das sich der Abg. Frege wünscht, daß die landwirtschaftlichen Maschinen abgeschafft werden, daß der Arbeiter wieder statt der Maschine zu dreschen hat. Wenn ich nun auf das zurückkomme, was der Hr. Commissar des Bundesrates Geheimrat Tiedemann zur Vertretung der Kornzölle gesagt hat, so ist allerdingß seit dem Ende der dreißiger Jahre die Einfuhr stetig gestiegen, aber genau in demselben Maße hat sich die Bevölkerung vermehrt. Diesen Zusammenhang wollte der Herr Commissar nicht zugeben und hat für seine gegentheiligen Ansichten nach Autoritäten gesucht und Lord Beaconsfield genannt. Da muß ich nun sofort erklären, daß ich die Autorität des englischen Premier in deutschen Angelegenheiten durchaus bestreite. Es hat dann der Herr Commissar die Frage erwogen, wenn man einen Getreidezoll anslege, wer ihn eigentlich bezahle. Er hat ein Beispiel gewählt von zehn Büttsbesitzern, welche verschiedene Wege in die Stadt wählen, von denen neun seine Mauth, der zehnte aber Mauth zu zahlen hätte, und meinte, der von ihnen allen geforderte Betreibepreis wäre derselbe. Indes verstehe ich dieses Beispiel nicht, noch weniger seine Anwendung. Wir sind doch nicht die einzigen, die den Russen ihren Roggen, den Deutschen ihren Weizen abkaufen. Wenn wir auch den Zoll auferlegen, wird man uns doch nicht etwa das Getreide um diesen Zoll billiger lassen. Nein, andere kaufen eben das Getreide; für uns wird der Preis um den Zoll höher, das ist unbestreitbar; der Satz, daß der ausländische Betreibehändler den Zoll zu zahlen hat, ist falsch, und es unterliegt keinem Zweifel, daß das Getreide infolge des daraus gelegten Zolles theurer werden muß. Wäre dies nicht der Fall, dann gäbe es absolut keinen Grund für die Landwirtschaft, diesen Zoll zu verlangen.

Es ist nicht auftreffbar, wenn die Motive auf Hamburg mit seiner Wahlsteuer hinweisen. Wir wissen ja, daß bei einer wohlhabenden Bevölkerung die Steuer leichter getragen werden kann, außerdem aber sind in Altona neben Hamburg Kilo Brot um 10 Pf. billiger als in Hamburg, und eshalb scheuen kleine Leute den Weg nach Altona nicht und unten dort ihr Brot, das sie durch Desfraude oder in kleinen Kosten zollfrei einführen. (Hört!) Der Schwerpunkt der Discussion schien mir zu sein, ob die Vertheuerung des Brotes die Consumenten treffen würde oder die Producenten. Ich kann es nicht gelten lassen, daß die Vertheuerung nicht die Consumenten treffen, sondern in den Zwischenstadien zwischen den Producenten und den Consumenten der höhere Preis hängen bleibe. Nicht bloß die Steuer auf ausländisches Getreide kommt in Frage, sondern auch die Preishöhung des insländischen Getreides, die unausbleiblich damit verbunden ist. Wer soll nun die Preisdifferenz bezahlen? die Völker? Vorher ist schon das Getreide durch verschiedene Hände gegangen, und wer die Verhältnisse unsers Handels kennt, der weiß, daß derselbe nicht ohne weiteres — 12 Mill. — denn um so viel handelt es sich — über eine heutigen Kosten hinaus mehr bezahlen kann. Der höhere Preis wird wieder die Consumenten treffen. Dann schmähen die Motive Bezug auf die sehr verschiedenen Preisstirungen des Getreides an den Börsen, übersehen aber bei ganz, daß die Verhältnisse, die bei solchen Notirungen Grunde liegen, geradezu bei jedem Getreidemarkt ganz weichende und verschiedene sind. Ich würde gegen die Getreidezölle nichts einzuwenden haben, denn sie führen der Reichskasse die immerhin ansehnliche und angenehme Mehrnahme von 8—12 Mill. M. jährlich zu. (Hört, hört!), wenn sie nur nicht mit einer Vertheuerung des Brotes verbunden wären, die von den Consumenten aufgebracht werden müßt.

Meine Herren! Es ist fernerhin von verschiedenen Seiten hingewiesen worden auf die außordentlich schlechte Stellung der Landwirthschaft, auf die zunehmende Zahl der Substationen und den fast allgemeinen Rückgang der Bodenrente. Es scheint aber doch, daß diese Klagen entweder nicht in ihrem ganzen Umfange begründet sind, oder daß dieselben nicht überall gleich stark empfunden werden. In der letzten Session des preußischen Landtages ist im Abgeordnetenhouse eine statistische Uebersicht zugegangen, welche die Ergebnisse der Verpachtung von den Domänen und Vorwerken. Von je zehn zu zehn Jahren gerechnet, beginnend die Summe des Pachtzinses pro Hektar 1849 13 M., 1859 17, 1869 28 und 1878 sogar 37 M. Diese Zahlen lassen eine aufsteigende, nicht eine heruntergehende Bodenrente dar, und wenn ich auch weit entfernt bin, behaupten zu wollen, daß dieses Verhältniß getreu die Resultate des ammten landwirtschaftlichen Betriebes widerstreckt,

(Ruf: - Mein!), so finde ich doch darin den Beweis, daß die Klagen über den Niedergang der Landwirtschaft nicht unbedingt und nicht überall ihre Richtigkeit haben. Soz. hätte nimmermehr der Pacht für die Staatsdomänen sich so bedeutend steigern können. Für mich beweisen diese Angaben, daß es der Kornzölle nicht bedarf, um unsere Landwirtschaft concurrenz- und lebensfähig zu erhalten. (Bei- fall links.)

Reichskanzler Fürst v. Bismarck:

Meine Herren! Ich will, weil ich im Laufe meiner Ausführungen vielleicht auf dieses Detail nicht zurückkomme, in Betreff der letzten eben gehörten Worte doch gleich darauf aufmerksam machen, daß das ungewöhnliche Steigen der Domänenpachte im Durchschnitt hauptsächlich die Domänen trifft, welche Zuckerrüben bauen und Zuckersfabriken haben (Sehr richtig! rechts), und daß nur durch die ungewöhnlich günstige Conjectur und durch die hohe Stufe, welche dieses Gewerbe durch den Schutz, dessen es genießt, errungen hat, diese Steigerung erklärt werden kann. Die vorletzte Periode des Herrn Vorredners beschäftigt sich mit einer Zeit, wo die Getreidepreise ganz andere waren als heute, wo die Eisenbahnentwicklung der großen östlichen Getreideländer noch nicht die Wirkung auf unsern Markt ausübte wie jetzt. Im allgemeinen aber hat der Vorredner in seinem ganzen Plaidoyer gegen unsere Vorlage als Hauptargument vorgebracht, daß die Kornpreise steigen werden, und dies als eine calamität angesehen, die vor allen Dingen vermieden werden müsse. Dabei drängt sich nun die Frage auf: Sind niedrige Kornpreise in wirtschaftlicher Beziehung an sich als ein Glück anzusehen? Wir alle erinnern uns, daß vor 12—20 Jahren die Kornpreise sehr viel höher bei uns waren als heute, weil die große Concurrenz uns noch nicht überkommen hatte, und daß dennoch damals in allen Zweigen der gewerblichen Thätigkeit, vielleicht infolge der höchsten Kornpreise, ein stärkeres Leben pulsirte als heute, wo mit den niedrigen Kornpreisen alles danebenheruntergeht.

Wenn der Satz des Herrn Borredners richtig wäre, so mühten ja die Länder in Europa, welche das wohlfeilste Getreide produciren, die Länder der untern Donau und Theiß, ferner Galizien und Südrusland, in wirtschaftlicher Beziehung die wohlhabendsten und glücklichsten in Europa sein. Auch innerhalb des Deutschen Reiches mühten wir einen erheblichen Unterschied in unserer Vermögensentwicklung haben, denn, was man auch über den verschiedenen standard in Lindau und Berlin sagen mag, so finden wir doch seit 30 Jahren bereits in allen statistischen Darlegungen die Wahrnehmung, daß wir die höchsten Getreidepreise im Westen Deutschlands haben und daß sie nach Osten gradatim herabgehen. Es mühte dann auch die Wohlhabenheit nach Osten hin allmählich steigen und Ostpreußen ungefähr 25—30 Proc. glücklicher sein als etwa der Elsaß und Breisgau. (Zustimmung rechts.) Außerdem spricht die Erscheinung gegen die Ansicht des Borredners, daß die höchsten Preise in Europa gerade in den Ländern dauernd und erfahrungsmäßig existiren, in welchen alle Zweige der gewerblichen Thätigkeit am kräftigsten entwickelt sind, im Westen Deutschlands, in den Niederlanden, Belgien, Nordfrankreich, England. Es wird also auch dort der Nachweis geliefert, daß im Gegenthell die bessern Einnahmen des Landwirthes wahrscheinlich die Grundlage sind einer Velebung der Thätigkeit des ganzen gewerblichen Lebens, und ich bin überzeugt, daß wir, wenn unsere Landwirths erst ihr Korn sicherer absehen und verkaufen können, dann auch sofort nicht blos infolge dieses Tarifs, dessen Wirkung sich ja in einiger Hebung des Geschäftes schon jetzt anticipirt, bei uns zu einer kräftigen Erneuerung der wirtschaftlichen Thätigkeit anfangen werden.

wirthschaftlichen Thätigkeit gelangen werden.

Wenn es den Herren, die auf der Basis dieses Satzes, als wohlfeile Getreidepreise ein wirthschaftliches Glück sind, empfen, vielleicht aus wirthschaftlicher Ueberzeugung, vielleicht aus politischen und andern Gründen, vollständig ernst wäre, dann hätte man doch damit anfangen können, die Belastung zu vermindern, welche auf unsere inländische Production drückt, dann hätte man längst die Grundsteuer abhaffen müssen (Sehr richtig! rechts), denn sie lastet doch auf unserm Getreide, auf der gesammten Production von 100 Mill. Ecrn., gegen welche die 27-30 Mill. die einführt werden, ganz zutreffen. Darauf hat man aber nie gedacht, im Gegentheil man hat in Zeiten, wo die Theorien schon dieselben waren wie jetzt, die Grundsteuer allmählich gesteigert, in Preußen z. B. im Jahre 1861 um alle 30 Proc., da sie von 30 auf 40 Mill. M. erhöht wurde. Seitdem ist eine Anzahl anderer direkter Steuern, welche unsere landwirthschaftliche Production nothwendig ertheuen müssen, dazugekommen, namentlich seitdem die hafsi entwickelte Gemeindefinanz auf den Grundbesitz, auf die Kornproduction gelegt wurde. Ueber diese Frage habe ich mit aus der Rheinprovinz Zusammenstellungen kommen lassen, wie hoch sich ungefähr diese Lasten belaufen, unter dem Druck dort Getreide producirt wird. Ich führe hier das Güter aus dem Kreise Solingen an, deren direkte Abgaben bestehen aus wirklich erhobener Staatsgrund- und Gebäudesteuer, Staatseinkommensteuer, Communalgrundsteuer, Communaleinkommensteuer und für Kirchengemeinde Zwecke aufgelegter Steuer. Diese Abgaben belaufen sich in Prozentzahlen von dem wirklichen, bei der Einschätzung zu stunde gelegten Einkommen auf 7,33 Proc. Staatsgrundsteuer, 3 Proc. Staatseinkommensteuer, 9,22 Proc. Communalgrundsteuer, 6 Proc. Communaleinkommensteuer, 1 Proc. Kirchengemeindensteuer, zusammen 27,55 Proc. vom wirklichen Einkommen. Die andern Güter ergeben eine Gesamtzahl von 21,51 Proc., 22,15 Proc., 22,60 Proc., 19 Proc., 20 Proc.

Wenn ich diese Liste weiter durchgehe, finde ich unter-
anderem Güter im Kreise Neuss mit 26,42 Proc., im Kreise
Düsseldorf mit 21,50 Proc., im Kreise Mettmann mit 24,13
und 18,44 Proc., im Kreise Bonn mit 26,20 Proc. Ich
kann demnach mit einiger Sicherheit wohl annehmen, daß
eine durchschnittliche Belastung, unter welcher bei uns die
Landwirtschaft arbeitet, 20 Proc. des wirklichen Einkom-
mens beträgt nur an directen Steuern. Das ist eine ganz
orbitante Belastung. Denken Sie sich, um einen Maß-
stab zu gewinnen, die Belastung unseres Getreideconsums,
welche jetzt an der Grenze auf das auswärtige Korn gelegt
werden soll, verallgemeinert; nehmen Sie an, daß der Land-
wirth von jeder andern directen Steuer befreit würde und
daß er als Aequivalent den Vorzug erhielte, mit dem Aus-
ende gleichgestellt zu werden, also für jeden Scheffel Weiz-
en 50 Pf. für jeden Scheffel Rogg 25 Pf. zu zahlen hätte.

eweis, daß die
hafte nicht un-
ab. Son-
mänen sich so
en diese An-
unsere Land-
halten. (Bei-
)

Pause meiner
zurückkomme,
gleich darauf
Steigen der
die Domänen
abriten haben
ungewöhnlich
welche dieces
erzeugungen hat,
vorlegte Pe-
it einer Zeit,
heute, wo die
betriebeleidet
alte wie jetz.
einem ganzen
argument vor-
und dies als
en vermieden
ge auf: Sind
nung an sich
uns, daß vor
her bei uns
uns noch nicht
in allen Zweig-
en der höhern
ute, wo mit

tig wäre, so
s wohlfeilste
Donau und
tischäftlicher
in Europa
müssten wir
ernungsens-
ben vertheidigt
ag, so finden
stischen Dar-
den Betreide-
oß sie nach
an auch die
en und Öf-
ein, als etwa
(8.) Außer-
des Vorred-
ade in den
in welchen
istigsten ent-
iederlanden,
so auch dort
bessern Ein-
undlage sind
erblichen Le-
unsere Land-
auf, bauen,
häßest schen
neuerung der

eser Saches,
Glück sind,
zugung, viel-
ständig ernt
können, die
ndische Pro-
steuer ab-
lastet doch
duction von
ll., die ein-
erst man aber
en, wo die
Grundsteuer
1861 im
M. erhöht
er Steuern,
nsthwendig
seitdem die
abesity, auf
Frage habe
en kommen
sen, unter
ren hier
grund- und
ungrund-
engemeinde-
ufen sich in
chäzung zu
atungsgrund-
Proc. Com-
mensteuer,
7,5 Proc.
er ergeben
22,50 Proc.

ich unter-
im Kreise
mit 24,5
Proc. Ich
men, daß
ei uns die
n Einkom-
eine ganz
nen Blas-
deconsums,
form gelegt
der Land-
wird und
dem Aus-
hessell Wei-
hlen hätte.

Wenden Sie das' an auf ein Gut von 300 Morgen, auf dem ein wirklicher Pachtwert von 5 Thlr. pro Morgen in der Rheinprovinz und eine Grundsteuerbelastung von 1 M. pro Morgen das Wahrcheinliche sein wird. (In Sachsen, wo ich angefressen bin, steigt sie bis zu 25 Gr. und 1 Thlr.). Dieses Gut mit 1500 Thlr. Pachtwert wird also nach diesem Durchschnitt 300 Thlr. Steuern zu bezahlen haben. Für diese 300 Thlr. würde es schon 3600 Cr. Roggen oder 2400 Cr. Weizen zu Markt bringen können, um dann erst dieses Steuerquantum zu erreichen; 3600 Cr. Roggen machen 4500 Scheffel, und jeder Landwirt weiß, daß auf einem Gute von 300 Morgen, wenn er sehr geschickt und sparsam verfährt, 6–900, höchstens 1000 Scheffel gewonnen werden können. Er hat also das Bier bis Schubfache nach der jehigen Steuerbelastung auf der inländischen Produktion zu tragen. Und dabei beträgt diese doch mehrere hundert Millionen Centner.

Stellt sich nun dieses Verhältniß so ungerecht zum Nachtheil der inländischen Produktion, so möchte ich noch weniger an Ihr finanzielles Reformbedürfniß als an Ihr Gerechtigkeitsgefühl appelliren. Soll die Gesamtlast, welche für unsere Finanzen notwendig ist, in diesem Übermaß allein auf der inländischen Produktion liegen, die ausländische gar nicht herangezogen werden? Wenden wir dieselbe Theorie z. B. auf Leder an! Würde die inländische Produktion mit 20 Proc. belastet und ginge das ausländische Leder frei ein, so würde man darin eine gewaltige Ungerechtigkeit gegen unsere Lederfabrikation fließen. Hat denn der inländische Landwirt, der vielleicht gebüldiger ist, nicht ebenso viel Anspruch auf gerechte Behandlung? Man muß hier immer die gesamte Zoll- und Steuerreform im Auge behalten, die wir anstreben und wovon dieser Tarif ein Theil ist. Ich erinnere namentlich die Gegner der Vorlage daran, wie oft uns einzelne Vorschläge abgelehnt sind, weil von uns mit Recht verlangt wurde, einen Gesamtplan der Reform vorzulegen. Die Lösung dieser Aufgabe wird dadurch erschwert, daß unsere einzelnen Finanz- und Steuervorschläge auch heute nicht sehr viel mehr Wohlwollen und Entgegenkommen finden, und meine Hoffnungen, die ganze Reform durchzuführen, haben sich erheblich herabgemindert. Diesem Tarif aber bitte ich die Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, ihn unter dem Gesichtspunkte der gesamten Reform und nicht bloss an sich zu betrachten. In der ganzen Finanzreform war es bisher nicht unsere Absicht, dem gesamten Getreidebedarf höhere finanzielle Leistungen abzufordern als bisher; wir beabsichtigen nur, einen Theil der direkten Steuern, die jetzt auf den Landwirten lasten, in der Form eines Konsumtionszolls an die Grenze zu verlegen, der dort das auswärtige Getreide trifft, sobald in der Gesamtbelastung eine Erhöhung nicht notwendig eintritt. Es ist dies nur ein sehr schwacher Versuch einer ausglegenden Gerechtigkeit angesehens der Nachtheile, unter denen die Getreideproduktion des Inlandes leidet, und der Steuerfreiheit und anderes Privilegien der Auswärtigen.

Ich glaube, daß diese Zölle an und für sich noch keinen Einfluß haben werden auf den Preis, und während der Herr Vorredner dies als ein Glück betrachten würde, sehe ich es mit einem gewissen Bedauern; denn ich muß mich fragen: Wüßt der Augenblick näher, wo unsere Landwirtschaft überhaupt nicht mehr beständig ist, weil unser Getreide gedrückt wird auf einen Preis, zu welchem es bei uns nicht mehr produziert werden kann? Dabei geht nicht nur die Landwirtschaft zu Grunde (Auslösung rechts); auch diejenigen, deren Forderungen in Hypotheken- und Pfandbriefen bestehen, werden dann zuerst vom Korn der Landwirtschaft reden. Allmählich, das ist sicher, schränkt sich die Thätigkeit ein. Ich verweise auf die Zeit, wo in Preußen die quatscherlich-bäuerlichen Ablösungen stattfanden; damals war in Hinterpommern ein Nothstand an Arbeitskraft und Kapital, und die Folge war, daß große Flächen früheren Ackers jetzt sechzig- bis achtzigjähriger angefangener Wald sind, wie noch heute deutlich zu erkennen ist, bei einem Ertrag bisher nicht geliefert hat. Ich schildere die Folgen nicht, in denen die Landwirtschaft und mit ihr die ganze nationale Existenz untergehen würde, denn es wird nicht geschehen; 20 Mill. deutscher Landwirte lassen sich eben nicht zu Grunde richten (lebhafte Zustimmung rechts), und es kommt bloss darauf an, daß sie sich bewußt werden, was ihnen bevorsteht, und daß sie sich mit gesetzlichen und verfassungsmäßigen Mitteln dagegen zu wehren beginnen. Wenn also nach meiner Meinung die Preise nicht steigen werden, so fühle ich mich vielmehr in der Lage, mich deswegen bei den Landwirten zu entschuldigen. Ich vermute, daß sie nicht steigen werden, denn nicht vom Zoll hängt das ab, sondern von der Ernte, vor allen in den großen Kornländern des östlichen Europas und des westlichen Amerikas, die den Weltmarkt machen, nebenher auch, aber lange nicht in dem Maße, von der deutschen Ernte. Auf diese Ernten bleibt unser Zoll ganz ohne Einfluß; das Getreide wächst, ob wir einen Zoll darauf legen oder nicht. Ist in diesen großen Getreideländern Wisserei, dann kommt das Korn nicht zu uns, ist eine gute Regelung, dann kommt es doch. Und wenn der Herr Vorredner sagt, die Getreideproduzenten könnten andere Käufer finden, so ist das vollkommen irrtümlich und mir nur erklärt, weil der Vorredner mit den Anschauungen auf den Kornmärkten nicht durch eigene Gedanken und Freuden vertraut ist. (Sehr richtig! Heiterkeit rechts.)

Im ganzen sind wir in der Lage, daß viel mehr Getreide gebaut werden kann, als gebraucht wird. Und schon jetzt ist das Angebot im ganzen größer als der Verbrauch. Man kann sich eben am Brot nur salt essen; die Getreideproduktion dagegen in jenen fruchtbaren Ländern ist ganz unbeschränkt, und wir können den Zoll bis zu 1 M. steigern, die Händler würden uns gerade so viel Getreide liefern wie bisher. Denn bis über 1 M. hinaus hätten sie vollkommen Spielraum, den Upproduzenten einen entsprechenden Abzug zu machen. Das ist mir seit Monaten von deutschen und russischen Händlern versichert worden. Der Zoll wird einfach den Upproduzenten abgezogen, und wir werden bis auf einige Modifikationen dieselbe Menge Getreide bekommen. Aber der Landwirtschaft wird ein ganz erheblicher Dienst erwiesen, auch wenn der Preis nicht steigt. Wenn ihr nur der deutsche Markt geschert wird, wenn durch die Erhöhung der Concurrenz um eine Kleinigkeit dem inländischen Produzenten nur die Möglichkeit gegeben wird, daß er den Markt zu dem jehigen Preise für sich hätte. Wir sind jetzt auf dem Lande in der Lage, daß die Männer auf unsern eigenen Pachtgütern nicht mehr von aus den Roggen nehmen, sondern, da sie meistens zugleich

Bäcker sind, uns das aus russischen Getreide gebakene Brot verkaufen. Ich selbst esse in Friedrichshafen russisches Brot. (Heiterkeit.) Es kommt also bei der Bezeichnung des Preises nicht darauf an, ob die Consumenten sich um den Roggen reißen, eine Überfüllung des Marktes mit Getreide ist in der ganzen Welt und vorzugsweise in den Urproduktionsländern vorhanden.

Der Vorredner führte an, es wären die Vorräthe außerordentlich gering, in Berlin höchstens ein paar tausend Bispel am Ende des Jahres. Das Ende des Jahres ist nicht der Termin, wo die Hauptzufuhren kommen, denn auf den Kanälen und Flüssen kommt das Getreide gar nicht in dem Maße wie auf den Eisenbahnen. Ich glaube, daß es zwischen Januar und April die Vorräthe stärker sind. Dabei kommt es außerdem auf die Roggenvorräthe gar nicht an, sondern gleichzeitig müssen wir auch die Mehrröhräthe ins Auge lassen, denn die Form, welche unsere Landwirthe am meisten belästigt, ist die Einführung zur Verwandlung in Mehl im Inlande, theils zu Wasser, von Petersburg, Riga, Libau nach Kiel, Stettin, Albeck, die größter Quantitäten aber auf den Eisenbahnen aus dem Innern Russlands von Kurs und Orel bis an die Wolga und Samara hinan und bis nach Moskau hinauf. Von dort kommt das Getreide zu außerordentlich wohlteilten Frachten zum Theil über Alexandrowo, die wohlstellten aus der Gegend von Kiew über Breslau. In Berlin wird auf den Mühlern hier, und soweit sie mit der Bahn erreichbar sind, täglich eine Menge von 4–500 Bispel verarbeitet; diese geben dann über das ganze Land und tödten unsere kleinen Mühlenindustrie. Wieviel Vorräthe nun in diesem Maße stehen, kann ich nicht sagen. Auch infolger halte ich die Berechnung des Herrn Vorredners nicht für richtig, ebenso wenig wie, daß der Bäcker nicht den Hauptaufschlag macht. Beim Weizen wenigstens ist sein (des Bäckers) Verdienst ganz bedeutend. Wenn von den Zwischenhändlern trotzdem keiner reich wird, so findet es eben ihrer zu viele. Wo heute die Leute sehen, daß etwas verdient werden kann, da drängen sich sofort hundert Concurrenten heran und vertheilen den Verdienst, der für einen einzelnen sehr bedeutend sein würde. Es ist auch den Leuten lieber, ein laufmännisches Geschäft zu treiben, selbst mit kleinem Gewinne, wenn nur keine schwere körperliche Arbeit dabei ist, als ein Gewerbe. Das Ideal von Dienern, kleinen Leuten &c. ist nicht mehr wie früher ein eigenes Haus, ein eigener Hof, sondern ein Bicutualen-fest in Berlin. (Heiterkeit.)

Ich bestreite, daß der Kornzoll auf den Preis des Brotes irgendwelchen Einfluß haben wird. (Oho! links.) Die Brot-preise sind heute bei billigen Getreidepreisen ebenso hoch wie bei hohen Preisen, als das Getreide noch einmal so teuer war, z. B. in der Mitte der fünfzig und sechziger Jahre. Deshalb glaube ich nicht, daß durch die Getreidezölle, die noch nicht 5 Proc. des Wertes betragen, der Brotpreis verbessert werden kann. Auch unser Handel wird davon nicht beeinträchtigt werden, wenigstens nicht weiter, als es die Gerechtigkeit erfordert bei der Vertheilung der Lasten. Es ist ja erfreulich, wenn man sagen wollte, daß die Mehrröhräthe sich erläutert durch die Bierbrauerei &c. Denn das Bier wird zum größten Theil aus Gerste bereitet, während hier hauptsächlich Weizen und Roggen in Frage kommt. Bei der gesamten Gesetzesgebung der letzten zwanzig Jahre ist die Production des landwirtschaftlichen Gewerbes zu kurz gekommen und siebzehnmalig behandelt worden, und das geht sogar noch weiter zurück in stillhere Zeiten. Man hat die Nächsten außer Acht gelassen, die man der Landwirtschaft als dem größten Gewerbe des Staates schuldig war. Ich möchte bei dieser Gelegenheit Hrn. v. Treitschke bemerken, daß der Zolltarif von 1815 durchaus nicht so freihändlerisch war, als er glaubt. Insbesondere ist die Landwirtschaft auf das schwerste betroffen worden durch die Art unserer Steuergesetzgebung in einer Weise, die sich nicht rechtzeitig läßt, nämlich durch das städtische Octroi auf Getreide. Das führte aber zu einer Doppelbesteuerung, denn man muß auch die Grundsteuer hinzurechnen. Die Ungunst der Verhältnisse und Gesetzgebung für die Landwirtschaft liegt auch auf dem Gebiete der Stempel- und Steuergesetzgebung. Das ist die allergrößte politische Ungerechtigkeit, wenn man ein Gut auf 30 Jahre pachtet, daß man ohne Disconto die ganze auf 30 Jahre währende Summe versteuern muß. (Sehr richtig!)

Bon den Bahntarifen will ich gar nicht sprechen, aber von der Armentasse in Verbindung mit dem Freizügigkeitsgesetz. Die Arbeiter werden auf dem Lande geboren, wachsen dort auf und werden mit nicht unerheblichen Kosten erzogen, genießen den Schulunterricht, und sobald sie zum Militär eingezogen werden, gefällt es ihnen nachher in den großen Städten besser, und die Landleute erfahren von ihnen erst wieder etwas, wenn sie unterstübungsbefreit sind oder wenn eine große Charitatem kommt. (Heiterkeit; Sehr wahr!) Die Landwirtschaft zeitigt gleichwohl durchaus conservative Elemente — ich will den Ausdruck conservativ zurücknehmen, denn ich will hier nicht die Begriffe conservativ und liberal in den Gegentag stellen, doch ich etwa die Liberalen als zerstörend betrachten wollte, ich will lieber sagen, wir haben in der Landwirtschaft auf dem Lande erhalten Tendenzen, und mit diesen wir Sympathien. Die Landleute sind die zuverlässige Stelle, auf welche der Staat zurückgreifen muß. Der Grundbesitz liegt am nächsten, und was ich dazu thun kann, in diesem Kreise das Bewußtsein der Situation zur Klärheit zu bringen, das will ich thun, aber nicht für den Zweck der Agitation, sondern um der Gerechtigkeit willen. Es soll Gerechtigkeit herrschen für alle, auch für den gebüldigen Landmann. Ist aber dieses Bewußtsein durchgedrungen, dann wird meiner Überzeugung nach die Landwirtschaft ihren Kampf nicht einstellen, sondern ihn frisch fortsetzen, bis sie endlich Gerechtigkeit erlangt hat. (Lebhafter Beifall rechts und im Centrum, der sich oft und lärmisch wiederholt; Bischen links.)

Ein Beratungsantrag des Abg. Reichensperger-Olpe wird abgelehnt.

Abg. Reichensperger-Olpe:

Ich bedauere, daß man nicht, um auch gerecht zu sein, wie es der Herr Reichsanzler will, meinen Beratungsantrag angenommen hat, da nach dieser großen Rede für mich wol wenig Aufmerksamkeit vorhanden sein dürfte. Ich bestreite, daß die Landwirtschaft übermäßig belastet sei, im übrigen erkenne ich an, daß die Ackerbau treibende Bevölkerung die Stilie des Staates ist. Eine Erhöhung der Getreidepreise ist von dem Zolle nicht zu erwarten, da die verschiedenen ausländischen Importeure sich eine zu bedeutende Concurrenz machen. Die Landwirthe sollten aber den Gegensatz zwischen Industrie- und Landwirtschaftszöllen zueinander. Die Eisenzölle speziell liegen auch im Interesse der Landwirtschaft, welche billiges Eisen braucht, das ihr

andern zu fahren und der ausländischen Concurrenz wegen ihr Getreide unter dem Werbe wegzugeben. Die Viehzölle sollen uns einen gewissen Schutz gewähren, von den Getreidezöllen erwarte ich derartiges weniger, aber ich erwarte davon eine Verminderung des Gefühls von der Ungerechtigkeit, wie die Lasten verteilt sind, und ich erwarte davon, daß die Landwirtschaft mindestens um den Betrag der Kornzölle erleichtert wird, indem man in gleicher Weise die Grundsteuer anderweitig regulirt. Damit würde dann ungefähr die Hälfte von jenen 20 Proc. in Wegfall kommen, die ich als Belastung der Landwirtschaft Ihnen neulich vorgerechnet habe.

Dann erwarte ich von dem Kornzoll, daß er etwas Ordnung bringt in unsere Einfahrt. Die ungeheuren, weit über den Bedarf hinausgehenden Getreidefunden werden nicht aufhören bei unserer Zollfreiheit, zumal die Eisenbahnen Ermäßigungen im Tarif machen, die mit der Menge des Transports wachsen und es geradezu im Übergang billiger machen. So suchen die Leute möglichst viel einzuführen, und wer mit Sicherheit zwei Bispel unterbringen kann, wird vielleicht fünf importieren mit Rücksicht auf den niedrigeren Tarif. Diese Überflutung von Getreide müssen wir durchaus einschränken, und sie wird eingeschränkt werden, wenn der Importeur, bevor er seine Chancen berechnet kann, erst so und so viel Kaufzoll-Mark-Zoll in Ansatz bringt. Es muß auch diese regelmäßige Mehreinfahrt die Preise sehr herabdrücken. Der Überfluß der Einfahrt über die Ausfuhr betrug 1872–77 bloss im Weizen und Roggen 17 Mill. Cr., noch 1872 war beim Weizen ein umgekehrter Überschuss; die bloße Zunahme der Bevölkerung kann doch die 17 Mill. Mehrzufahrt nicht erklären, selbst wenn man eine so tendenziöse politische Statistik hat, wie sie in Preußen betrieben wird. (Hört, hört!) Da rechnet man einfach einen Durchschnittsconsum von 9 Cr. Getreide pro Kopf, ich halte 4 Cr. für ausreichend und beziehe mich auf meine landwirtschaftliche Erfahrung. Bekanntlich wird auf dem Lande mehr Brot gegessen als in den Städten. Die Berechnung ergibt, daß 40 Mill. Deutsche das Jahr über 146 Mill. Cr. Getreide verbrauchen, was 3½ Cr. pro Kopf ausmachen würde. In Deutschland aber werden meiner Berechnung nach 240–250 Mill. Cr. (einschließlich der Einfahrt von außen) alljährlich auf dem Markt gebracht, während wir davon nur 146 Mill. essen. Wo bleibt nun diese Differenz? Ich überlasse dies Problem den Statistikern, aber sie müssen sich's nicht allzu bequem machen und einfach eine Durchschnittszahl von 9 Cr. aus der Luft greifen. Erst verlange ich den Nachweis, wo diese Millionen Leute bleiben, ehe ich glaube, daß wir Hunger leiden würden, wenn die Einfahrt ganz aufhören würde.

Es ist auch unrichtig, wenn man sagen wollte, daß die Mehreinfahrt sich erläutert durch die Bierbrauerei &c. Denn das Bier wird zum größten Theil aus Gerste bereitet, während hier hauptsächlich Weizen und Roggen in Frage kommt. Bei der gesamten Gesetzesgebung der letzten zwanzig Jahre ist die Production des landwirtschaftlichen Gewerbes zu kurz gekommen und siebzehnmalig behandelt worden, und das geht sogar noch weiter zurück in stillhere Zeiten. Man hat die Nächsten außer Acht gelassen, die man der Landwirtschaft als dem größten Gewerbe des Staates schuldig war. Ich möchte bei dieser Gelegenheit Hrn. v. Treitschke bemerken, daß der Zolltarif von 1815 durchaus nicht so freihändlerisch war, als er glaubt. Insbesondere ist die Landwirtschaft auf das schwerste betroffen worden durch die Art unserer Steuergesetzgebung in einer Weise, die sich nicht rechtzeitig läßt, nämlich durch das städtische Octroi auf Getreide. Das führte aber zu einer Doppelbesteuerung, denn man muß auch die Grundsteuer hinzurechnen. Die Ungunst der Verhältnisse und Gesetzgebung für die Landwirtschaft liegt auch auf dem Gebiete der Stempel- und Steuergesetzgebung. Das ist die allergrößte politische Ungerechtigkeit, wenn man ein Gut auf 30 Jahre pachtet, daß man ohne Disconto die ganze auf 30 Jahre währende Summe versteuern muß. (Sehr richtig!)

Bon den Bahntarifen will ich gar nicht sprechen, aber von der Armentasse in Verbindung mit dem Freizügigkeitsgesetz. Die Arbeiter werden auf dem Lande geboren, wachsen dort auf und werden mit nicht unerheblichen Kosten erzogen, genießen den Schulunterricht, und sobald sie zum Militär eingezogen werden, gefällt es ihnen nachher in den großen Städten besser, und die Landleute erfahren von ihnen erst wieder etwas, wenn sie unterstübungsbefreit sind oder wenn eine große Charitatem kommt. (Heiterkeit; Sehr wahr!) Die Landwirtschaft zeitigt gleichwohl durchaus conservative Elemente — ich will den Ausdruck conservativ zurücknehmen, denn ich will hier nicht die Begriffe conservativ und liberal in den Gegentag stellen, doch ich etwa die Liberalen als zerstörend betrachten wollte, ich will lieber sagen, wir haben in der Landwirtschaft auf dem Lande erhalten Tendenzen, und mit diesen wir Sympathien. Die Landleute sind die zuverlässige Stelle, auf welche der Staat zurückgreifen muß. Der Grundbesitz liegt am nächsten, und was ich dazu thun kann, in diesem Kreise das Bewußtsein der Situation zur Klärheit zu bringen, das will ich thun, aber nicht für den Zweck der Agitation, sondern um der Gerechtigkeit willen. Es soll Gerechtigkeit herrschen für alle, auch für den gebüldigen Landmann. Ist aber dieses Bewußtsein durchgedrungen, dann wird meiner Überzeugung nach die Landwirtschaft ihren Kampf nicht einstellen, sondern ihn frisch fortsetzen, bis sie endlich Gerechtigkeit erlangt hat. (Lebhafter Beifall rechts und im Centrum, der sich oft und lärmisch wiederholt; Bischen links.)

Ein Beratungsantrag des Abg. Reichensperger-Olpe wird abgelehnt.

Abg. Reichensperger-Olpe:

Ich bedauere, daß man nicht, um auch gerecht zu sein, wie es der Herr Reichsanzler will, meinen Beratungsantrag angenommen hat, da nach dieser großen Rede für mich wol wenig Aufmerksamkeit vorhanden sein dürfte. Ich bestreite, daß die Landwirtschaft übermäßig belastet sei, im übrigen erkenne ich an, daß die Ackerbau treibende Bevölkerung die Stilie des Staates ist. Eine Erhöhung der Getreidepreise ist von dem Zolle nicht zu erwarten, da die verschiedenen ausländischen Importeure sich eine zu bedeutende Concurrenz machen. Die Landwirthe sollten aber den Gegensatz zwischen Industrie- und Landwirtschaftszöllen zueinander. Die Eisenzölle speziell liegen auch im Interesse der Landwirtschaft, welche billiges Eisen braucht, das ihr

aber nur zu liefern sei, wenn die deutsche Eisenindustrie bestehen könne; sei diese durch die englische unterdrückt, dann werden gar bald auch sehr hohe Preise von den concurrentlosen Engländern gefordert werden. Aber eine Extravaganz sei der Schutz der Landwirtschaft, welchen Hr. v. Thüngen und andere Agrarier fordern. Man wolle alles billige ausländische Getreide fern halten. Was würde man sagen, wenn der deutsche Kapitalist fordern wollte, daß man das ausländische Geld vom Geldmarkt ausschließe, damit er, der Konkurrenz ledig, höhere Binsen nehmen könnte? Also die berechtigten Forderungen der Landwirtschaft müßte man erfüllen, und so sei er bereit, für die im Tarif vergeschlagenen Bölle zu stimmen, werde aber gegen jede Erhöhung stimmen. Für die Getreidebölle verstehe er aber auch nur zu votieren, wenn die Rückvergütung bewilligt werde, welche allerdings dem Staate Unlusten und viele Wirtschaftsverwaltung verursache, aber doch von unsren Böllbeamten zu bewältigen sein werde.

Hierauf wird die Sitzung bis Freitag 11 Uhr vertagt. Auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung wird nach einer längeren Geschäftsförderungsdebatte, gegen den Widerspruch der Abgeordneten Richter-Hagen und Richter, die Fortsetzung der zweiten Berathung des Bolltariffs bis inclusive Position Holz gesetzt.

Über den Antrag der Abg. Günther-Sachsen und Frhr. v. Mirbach (Erhöhung des Roggenzolles auf 1 M.) sowie über die Tarifposition selbst wird eine namentliche Abstimmung stattfinden.

Deutsches Reich.

Die Provinzial-Correspondenz schreibt unter dem 21. Mai: „Unser Kaiser hat im Laufe der vergangenen Woche fast täglich den Besichtigungen im Vereine des Gardecorps bei Berlin und Spandau mit alter Rücksicht und Frische beigewohnt. Se. Maj. nahm ferner täglich Vorträge der Minister und mit Rücksicht auf die Anordnungen für die bevorstehenden Festlichkeiten am Königlichen Hofe vielfach die Vorträge der höchsten Hofbeamten entgegen, und empfing unter anderm auch den aus Paris eingetroffenen Botschafter Fürsten v. Hohenlohe.“

× Berlin, 21. Mai. Nach der «Tribüne» soll der Plan, aus Anlaß der Goldenen Hochzeit des Kaiserpaars eine Amnestie zu erlassen, besonders den Widerspruch des Fürsten Bismarck erfahren haben. Es ist aber, wie ich bereits vor längerer Zeit gemeldet, von einer umfassenden Amnestiemahregel und namentlich von einer politischen Amnestie nie die Rede gewesen. Ein solcher Schritt war bis jetzt von keiner Seite angeregt, konnte also auch von keiner Seite Widerspruch erfahren.

— Die National-Zeitung wirft folgenden Rückblick auf das Präsidium Fordenbeck: „Als im August des Jahres 1866 Max v. Fordenbeck zum ersten male zum Präsidenten des preußischen Abgeordnetenhauses gewählt wurde, war diese Wahl eins der Zeichen der Versöhnung, die zwischen der Regierung und dem Volke gefeiert wurde. In den Jahren des Conflicts hatte der Oberbürgermeister Grabow das Präsidium geführt, ein Ehrenmann, dem die liberale Partei das wichtige Amt immer von neuem übertragen haben würde, solange er sich zur Fortführung derselben bereit fand. Aber unter dem Donner der Kanonen von Sadowa hatte Grabow erkannt, daß andere Zeiten andere Männer erfordern. Er hatte wiederholt bittre Worte geltrochen, von denen es wünschenswert war, daß sie fortan vergessen würden, und damit es leichter sei, sie zu vergessen, trat er, der Urheber derselben, in den Hintergrund. Das Haus ehrt das seine Gefühl Grabow's und entsprach seinem Wunsche, ihn nicht wiederzuwählen. An seine Stelle trat Fordenbeck, ein Repräsentant der versöhnlichen Stimmung, und als ein Mann der Versöhnung hat er seitdem auf dem Präsidentsthule gesessen, zuerst im Abgeordnetenhaus, dann im Reichstage, beinahe 13 Jahre hindurch bis auf den heutigen Tag. Als Fordenbeck im Jahre 1873 zum Oberbürgermeister von Breslau erwählt und infolge seiner Berufung in das Herrenhaus aus dem Abgeordnetenhaus geschieden war, glaubte er für einen Augenblick der Freuden und der Sorgen, der Ehren und der Beschwerden überhoben zu sein, welche das Präsidium mit sich führt. Da fügte es sich, daß gerade in dieser Zeit der Präsidentenstuhl des Reichstages frei wurde, da Eduard Simson denselben aus Gefundheitssicht verließ, und die allgemeine Stimme gab sich sofort dahin und, daß niemand anders denselben einnehmen dürfe als der resignierende Präsident des preußischen Abgeordnetenhauses. So hat Fordenbeck es auf eine dreizehnjährige Amtszeit in einer Präsidentialstellung gebracht, ein unerhört seltener Fall in der Geschichte der continentalen Länder. Als ein Mann der Versöhnung hat er 13 Jahre seines Amtes gewartet; heute haben sich die Parteidifferenzen so gestaltet, daß für den Mann, der 1866 seinen Vorgänger ablöste zum Zeichen, daß die Zeit des Conflicts geschlossen sei, kein Raum mehr ist auf dem Präsidententhule. Es bricht wiederum eine andere Zeit herein. Ein scharf gegen Vergangenheit und Zukunft abgrenzter Zeitraum ist es, während dessen Fordenbeck die Präsidentenglocke handhabte.“

Noch bemerkt die National-Zeitung: „Der Entschluß des Hrn. v. Fordenbeck bedeutet sicher nichts weniger als seinen bevorstehenden Rücktritt von der politischen Bühne. Im Gegenteil, Hr. v. Fordenbeck wird die gewonnene Freiheit benutzen, um kräftig in die politische Action einzutreten. Die Verhältnisse liegen bei uns so, daß es ein unschätzbarer Gewinn ist, die ungeschmälerte Kraft eines so energischen Charakters, eines einsichtigen und entschlossenen Mannes, dessen Name einen hellen Klang durch ganz Deutschland hat, für andere Fragen wieder gewonnen zu haben als für die, wo die Grenzlinie zwischen dem parlamentarisch Unzulässigen und dem nur parlamentarisch Bedenklichen liegt. Die Eine schlichte Thatsache wird Deutschland und das Ausland über die Lage der Verhältnisse bei uns mehr belehren als lange Reden. Wie wir nicht ohne lebhafte Bedauern Max v. Fordenbeck in eine halb neutralistische Stellung haben eintreten sehen, so begrüßen wir seinen Wiedereintritt in die active Streitkraft der liberalen Partei mit aufrichtiger Befriedigung.“ Wird aber nicht Hr. v. Fordenbeck, der auf vier Wochen Urlaub genommen, gerade in den kritischsten Momenten abwesend sein?

Gegen die Vorwürfe conservativer Blätter wider Hrn. v. Fordenbeck, weil dieser im Städterege gegen die Reichstagsmajorität aufgetreten sei, macht die National-Zeitung unter andern sehr schlüssig geltend, daß der Präsident des Bundesrates, Fürst Bismarck, in seinem Brief an Hrn. v. Thüngen ausdrücklich aufgefordert habe, gegen die Beschlüsse des Bundesrates für höhere Getreidezölle zu agitieren. „Der Präsident des Reichstages“, sagt sie, „hat einfach seine politische Ansicht geäußert, und er wird deshalb von denselben Organen verkehrt, welche die Aufgabe übernommen haben, das Aufgebot einer ausgebreiteten Agitation durch den Reichstagler als eine nationale That zu feiern.“

Die Kölnische Zeitung widmet dem aus seinem Amt geschiedenen Präsidenten v. Fordenbeck einen Nachruf, dem wir uns nur vollständig anschließen können. Sie sagt: „Es war keine leichte Aufgabe, nach der, wie man wol gesagt hat, geborenen Präsidentialnatur eines Simson die Lenkung einer Versammlung zu übernehmen, in welcher sich allerlei einander neue Elemente erst zu assimiliren hatten, wo confessionelle Gegensätze aufs äußerste geschärft waren und wo die schlimmste Plage eines Präsidenten, das auseinandergezerrte und zerrende Fraktionswesen, in vollster Blüte stand. Wie sein Vorgänger, hat Fordenbeck es meisterhaft verstanden, aller dieser Schwierigkeiten Herr zu werden, und es ist dies um so bewundernswerther, als die beiden Männer, mit denen das erste Jahrzehnt des Reichstages als seinen würdigsten Repräsentanten in der Geschichte verzeichnet werden wird, in Anlage und Wesen wenig Gemeinsames haben. Die feingelehrten, ästhetischen Neigungen, wir möchten sagen der Clasficismus Simson's findet ein eigenhümliches Gegenüber in den spröden Männlichkeit Fordenbeck's, der in harmonischer Verquellung und Ergänzung stütze aus dem Naturell seines westfälischen Heimatlandes mit Wesen und Art seiner geliebten Adoptivheimat Ostpreußen verbindet. Daz es diesen beiden so verschiedenartigen Männern gelang, länger als ein Jahrzehnt hindurch mit gleicher Vollendung und Meisterschaft den hohen Rath der Nation, getragen von der Liebe und dem Vertrauen ihres Collegen, den rechten Weg zu führen, muß man für ein weiteres, dem neuen Deutschen Reich zutheil gewordenes Glück erkennen und darf darüber einen Augenblick die Witzen und Trübungen der Gegenwart vergessen.“

Die Weser-Zeitung bemerkt:

Eine Lehre und Warnung liegt in diesem Vorgange für diejenigen gutmütigen Liberalen, welche sich einbilden, das Frühjahr 1879 bringe uns ein paar Tarifänderungen, im übrigen aber sei alles beim alten geblieben. Im öffentlichen Leben hängt alles zusammen; die neue wirtschaftliche und finanzielle Geschiebung ist nicht zu isoliren von den übrigen Gebieten der nationalen Entwicklung und namentlich nicht von der Richtung, die die innere Politik zu versorgen hat. Neue Allianzen beibringen neue Programme, auch wenn es nicht ausdrücklich im Vertrage geschrieben steht. Das „bischen Schuhzoll“ hat, wie man sieht, schon über Nacht dahin geführt, daß unsere Nationalvertretung heute ganz anders aussieht als im September vorigen Jahres, so durchaus anders, daß die Logik der Verhältnisse, genau genommen, zur Wahl eines ultramontanen Präsidenten führen müßte. Einen zweiten, nicht minder bedeutsamen Beleg findet man in der Leidenschaftlichkeit, mit welcher conservative Blätter über die bekannte Tischrede des Berliner Oberbürgermeisters herfallen. Es gibt doch zu denken, wenn eine Partei ans Ruder kommt, die zwischen einer Aufforderung zur Organisation des liberalen Bürgerthums und den Tendenzen der pariser Commune keinen Unterschied erblickt.

Die Neue Preußische Zeitung äußert:

Der Entschluß des Abg. v. Fordenbeck, vom Präsidium zurückzutreten, mag seine Erklärung in der allgemeinen Strömung, die kaum eine liberale mehr genannt werden kann, nicht minder wohl in den Zwischenfällen der letzten Tage finden. Die Rechte des Reichstages aber, so sehr ihr eine Klärung auch in den äußeren Verhältnissen in Übereinstimmung mit den sich vollziehenden inneren Wandlungen genehm sein muß, hat Beranfung genug, die Amtsführung des seitigen ersten Präsidenten als eine

gerechte und die Geschäfte des Hauses nach allen Seiten fördernde willig anzuerkennen.

Die Provinzial-Correspondenz bemerkt über den Rücktritt des Hrn. v. Fordenbeck:

Dieser Schritt des Hrn. v. Fordenbeck hat einen lebhaften Eindruck im Reichstage und in allen politischen Kreisen gemacht; abgesehen von der allseitigen Überzeugung, daß seine in einer Reihe von Jahren erprobte und am höchsten Maße gewürdigte Kraft in der schwierigen Leitung der Geschäfte des Reichstages schwer zu ersetzen sein wird, mußte die Begründung seines Entschlusses, welche ausdrücklich auf den Gegenzahl über die schwedenden politischen Fragen hinweist, die parlamentarische Erregung im Augenblick noch steigern. Hr. v. Fordenbeck hat über den entschieden und lebhaften Widerspruch, in welchem er sich zu den Ausschreibungen und Bestrebungen der Mehrheit, die sich zur Durchführung der Wirtschaftsreform vereinigt hat, befindet, schon durch eine vor einigen Tagen bei einem öffentlichen Festmahl gehaltene Rede sich unumwunden und in einer Weise geäußert, welche keinen Zweifel darüber bestehen läßt, daß er sich nicht mehr als den berufenen Vertreter des Reichstages in seiner jetzigen Parteigruppierung ansehen konnte. Er hat dieser Überzeugung entsprechend gehandelt, und niemand wird ihm daraus von irgendeinem Standpunkt einen Vorwurf machen können. Zuvielweit sein Rücktritt vom Präsidium, zumal im Zusammenhang mit den politischen Vorgängen, die seinen Entschluß anscheinend zur Reife gebracht haben, von weitgehender Bedeutung für die Entwicklung des Parteiwesens werden kann, das wird sich erst im Verlaufe der Bewegung, welche sich an die jüngsten Verhandlungen des Reichstages knüpft, bestimmter beurtheilen lassen.

Die «Germania» schreibt über die Präsidentenwahl:

Der neue Präsident verbannt seine Wahl dem Centrum, das geschlossen für ihn stimmte. Das Centrum hat bei der augenblicklichen Lage und unter den heutigen Parteiverhältnissen geglaubt, seinen Interessen und der von ihm vertretenen Sache auf diese Weise am besten zu dienen. Wie wir erfahren, lag in der Fraktionslösung der Reichspartei ein Auftrag vor, sich mit dem Centrum zu verstündigen; der Antragsteller, Abg. Graf Bismarck, konnte indessen nur wenige Stimmen für sich gewinnen. Die Absicht, den Abg. v. Lucius zum Präsidenten zu machen, ist der Reichspartei nicht gelungen, die Wahl des Hrn. Dr. Lucius wäre nicht unmöglich gewesen, wenn nicht bei dem ersten Wahlgange ein Resultat erzielt worden wäre. Wie die Dinge liegen, darf das Centrum mit dem Ausgang der Wahl zufrieden sein.

— Über den neuen Reichstagspräsidenten bemerkt die National-Zeitung: „Hr. v. Seydewitz, einer in der preußischen Lausitz sehr angesehene und mit den wichtigsten Communalämtern betraute Persönlichkeit, war, trotzdem er seit dem Jahre 1867 dem Reichstage angehörte, nur dem engern Kreise seiner conservativen Freunde bekannt, in welchem er als Fraktionssvorstand fungirte. Dem Reichstage und dem deutschen Volke wurde sein Name nur hier und da durch von seinen Gesinnungsgenossen für ihn abgegebene Stimmzettel in das Gedächtnis gerufen. Die tatkundliche Rede, mit welcher Hr. v. Seydewitz heute sein Amt antrat, war, soweit ermittelt werden konnte, abgesehen vielleicht von einigen gelegentlichen geschäftlichen Bemerkungen, seine parlamentarische Jungfernrede. Wieweit er der großen Aufgabe gewachsen ist, die er übernommen hat, das kann einzigt der Erfolg zeigen. Das Wohlwollen und der geschäftsgewandte Sinn des Hrn. v. Seydewitz, der mit grossem Geschick die communalständischen Angelegenheiten und namentlich die Landschaftliche Bank in der Lausitz dirigirte, werden von seinen Freunden und Bekannten sehr gerühmt. Wir hoffen den aufrichtigen Wunsch, daß es ihm gelingen möge, die bewegte und ernste Session, in der wir uns befinden, ohne besondere Zwischenfälle zu Ende zu führen.“

— Über die Einleitungen zur Präsidentenwahl sowie über diese sagt die «Post»: „Die Deutsche Reichspartei beschloß, in erster Linie den bisherigen zweiten Vicepräsidenten Dr. Lucius zum ersten Präsidenten zu wählen und mit der conservativen Fraktion und den National-Liberalen hierüber in Verhandlung zu treten. Von national-liberaler Seite wurde aber in keiner Weise ein Entgegenkommen gezeigt. Hr. v. Bennigsen, privat von hervorragender Seite befragt, ob er das Präsidium annehmen wollte, hatte dies entschieden abgelehnt. Die conservative Fraktion, welche mit dem Centrum in Verhandlung getreten war, einigte sich mit diesem auf die Wahl des Hrn. v. Seydewitz, nachdem das Centrum erklärt hatte, für Dr. Lucius in keinem Falle stimmen zu wollen, und nachdem es für sich die erste Vicepräsidentenstelle eventuell in Anspruch genommen hatte. Von dem geschlossenen Pact wurde der Reichspartei Mittheilung gemacht. Die Reichspartei sah sich durch diese ihr unfreiwillig aufgebrachte Lage in die Notwendigkeit versetzt, von ihrem Kandidaten abstehen zu müssen, da es sonst im Bereiche der Möglichkeit lag, daß weder Dr. Lucius noch v. Seydewitz, sondern der Kandidat des Centrums, Hr. v. Brandenstein, durch die Hilfe der Polen, des Fortschritts und der Socialdemokraten den Platz des ersten Präsidenten errungen hätte. Die Ansprache, mit welcher Hr. v. Seydewitz das Präsidium annahm, machte allgemein den besten Eindruck. Freuen wir nicht, so waren es die ersten Worte, welche Hr. v. Seydewitz überhaupt im Reichstage gesprochen hat, ein gewiß selten vorgekommenen Fall.“

— Aus Berlin wird uns über die Vorgänge bei

der Reube folgendes Folgendes vorausgesagt: „Glaubhaft hat der Coalitiernernlich angeboten; nicht eingehend v. Fordenbeck des Präsidenten verantwortlich stellende Präsident.“

— Der Wettbewerb Berlin vor Ablehnung Freitag ein, graphisch, läuft hat.“

— Die Taktik sich am gesetz. Den entsprechend provisorischen Bezug auf erster Linie zum nicht indeß die Wahlung des Gebietes projectierte sie den Machtgebergung ab und bestreiten Instanz neuer Zoll und auf B. des Reichs selben Sitzung auf diese unter keiner Seite hätte principielle zunehmen. das Bedürfnis hr. Windthorst Freitag: „beratung sion Blei. bis auf eine schriften. B. Zoll von B. mission beschr. die entscheidung.“

— Nach einer Beratung über sion stellte Artikel den schlagenden über könne Windthorst Tagessordnung Sonnenman so sehr bei ihrer in A. beliebige gemessen er die entscheidung.“

— Die Beratung der die B. stimmt. D. an, gleich debatte im Tage zu nicht. Von und Steuer noch nicht mission bei die Beratung Tarifcomm Garantienheit abgeleitet nächstens.“

— Abg. flon ausgeführte mann get

— Der Volks-Zeitung, er v. Barnab griffen in. auch nicht.

— Die

informierte der deutsch

der Sill

der Neubefehlung des Reichstagspräsidiums folgendes von einer Seite, die wir für durchaus glaubhaft halten, mitgetheilt: „Sämtliche Parteien (der Coalition), das Centrum vielleicht nicht ganz einstimmig, haben in der Person des Hrn. v. Bennigsen der national-liberalen Partei das Präsidium von neuem angeboten; die Fraktion hat jedoch erklärt, darauf nicht einzutreten zu können, theils weil dadurch Hr. v. Hordensbeck beleidigt, theils weil bei Wiederbefehlung des Präsidentenstuhles die national-liberale Partei verantwortlich gemacht werden könnte für die zu befürchtende Reaction.“

Der Magdeburgischen Zeitung meldet man aus Berlin vom 21. Mai: „Hrn. v. Stauffenberg's Ablehnungsverklärung trifft frühestens hier am Freitag ein, weil er auf sein Präsidialamt nicht telegraphisch, sondern schriftlich verzichten zu müssen erklärt hat.“

Die Tarifcommission des Reichstages beschäftigte sich am 21. Mai abends zunächst mit dem Sperrgesetz. Den Ausführungen v. Bennigsen's im Plenum entsprechend, wurden von dieser Seite Vorschläge zur provisorischen Einführung der vorgeschlagenen Zölle in Bezug auf bestimmte concrete Artikel gemacht. In erster Linie war dabei der Tabak ins Auge gefasst. Zum nicht geringen Erstaunen der Commission erklärte indes die Reichsregierung, daß sie die vorläufige Erhebung des Tabakzolles nicht ins Auge fasse, da auf diesem Gebiete der beabsichtigte Zweck ja durch die projectierte Nachsteuer erreicht werde. Ueberhaupt lehnte sie den Modus, für einzelne Artikel im Wege der Gesetzgebung den provisorischen Zoll einzuführen, einfach ab und bestand auf der von ihr vorgeschlagenen generellen Institution, nach welcher für alle Zukunft ein neuer Zoll von der Regierung urplötzlich vorgeschlagen und auf Beschluss der zufällig anwesenden Majorität des Reichstages noch an denselben Tage, ja in derselben Sitzung zur Abstimmung gebracht werden kann. Auf diese generelle Institution werden die Liberalen unter keinen Umständen eingehen können. Von ihrer Seite hätte daher nichts im Wege gestanden, sofort die principielle Entscheidung über die Gesetzesvorlage vorzunehmen. Die Mitglieder des Centrums aber fühlten das Bedürfnis nach Bedenken, und so beantragte Hr. Windhorst Beratung der Angelegenheit bis zum Freitag. Die Commission trat alsdann in die Tarifberatung ein, und zwar in die Berathung der Position Blei. Die einzelnen Nummern derselben wurden bis auf eine nach der Regierungsvorlage angenommen. Diese eine umfasst gewalzte Blei- und Buchdruckerschriften. Der Regierungsentwurf schlägt dafür einen Zoll von 3 M. pro 100 Kilogramm vor; die Commission beschloß, trotz des Widerspruchs der Regierung, die seit 1873 bestehende Zollfreiheit beizubehalten.

Nach einer Mittheilung der Magdeburgischen Zeitung über die vorerwähnte Sitzung der Tarifcommission stellte der Abg. v. Bennigsen die Anfrage, welche Artikel denn überhaupt die Regierung mit dem vorgeschlagenen Sperrgesetz zu treffen gedenke. Der Präsident des Reichsanwaltsamts Hofmann erwiderte, darüber könne er keine Angaben machen. Der Abg. Windhorst beantragte hierauf, das Sperrgesetz von der Tagesordnung abzuziehen. Die Abg. v. Bennigsen und Sonnemann erklärten, die Geschäftswelt sei mit Recht so sehr beunruhigt wegen dieser wichtigen Fragen und ihrer in Aussicht genommenen Entscheidung, daß eine beliebige Hinausschiebung der letztern durchaus unangemessen erscheine. Darauf beschloß die Commission, die entscheidende Berathung für Freitag anzusetzen.

Die Tabaksteuercommission trat in die Berathung des §. 1 der Regierungsvorlage ein, welcher die Zollsäze für den ausländischen Tabak bestimmt. Die Debatte nahm sehr weite Dimensionen an, gleich geradezu einer Wiederholung der Generaldebatte im Plenum, ohne jedoch wesentlich Neues zu Tage zu fördern. Zu einem Abschluß kam es noch nicht. Voranschließlich wird auch die Frage der Zoll- und Steuersäze in der ersten Berathung überhaupt noch nicht spruchreif werden. Die Brau- und Steuercommission hielt die Generaldebatte ab. Ein Antrag, die Berathung der Vorlagen auszusetzen, bis in der Tarifcommission über die Frage der constitutionellen Garantien entschieden sei, wurde mit Stimmengleichheit abgelehnt. Die Commission wird also in ihrer nächsten Sitzung in die Berathung eintreten.

Abg. Richter-Hagen ist aus der Tarifcommission ausgeschieden und an seine Stelle der Abg. Sonnemann getreten.

Der Reichstagabgeordnete Fritzsche theilt der Volks-Zeitung mit, daß die Nachricht einzelner Zeitungen, er hätte eine geheime Unterredung mit Hrn. v. Barnbüler gehabt, vollständig aus der Lust gerissen ist. Hr. Fritzsche hat im Laufe dieser Session auch nicht ein Wort mit genanntem Herrn gewechselt.

Die Berliner Börsen-Zeitung schreibt: „Von bestinformirter Seite theilt man uns mit, daß die von der deutschen Reichsregierung beschlossene Sistirung der Silberverläufe einzig und allein auf den

jetzigen niedrigen Preisstand des Silbers zurückzuführen ist. Das Deutsche Reich erleidet bei den Verläufen von Silber zu den gegenwärtigen Preisen einen Verlust, der sich auf circa 15 Proc. berechnet und den zu tragen die Regierung um so weniger gewillt sein kann, als absolut keine Notwendigkeit existiert, diese Silberverläufe gerade jetzt fortzuführen oder sie gar zu beenden.“

Auf Grund des Reichsgesetzes vom 21. Oct. 1878 wurden verboten die fernere Verbreitung der in Genf erscheinenden periodischen Druckschrift „Le Précurseur, Organe démocratique social des associations des travailleurs“; der Gesangverein „Teutonia“ zu Kiel.

Schweiz.

Der «Bund» schreibt unter dem 21. Mai: „Vor gestern Vormittag stellte sich das Resultat der Volksabstimmung über die Todesstrafnovelle auf 199308 Ja und 180596 Nein. Es stehen noch aus die Berichte aus sechs Gemeinden des Kantons Wallis und sechs Gemeinden des Kantons Tessin.“

Italien.

Dem Bericht des italienischen Nationalökonom Luzzati über die von der italienischen Regierung proponierte provisorische Zoll erhöhung entnimmt das Berliner Tageblatt, daß Rohzucker künftig 56, raffiniert 66, Chocolade 85, Zimt 120 und Pfeffer 70 Lire Zoll erhalten soll. Die Gesamtherhöhung werde 13 Mill. jährlich betragen.

Frankreich.

* Paris, 21. Mai. Ein neuer Artikel des Journal des Débats macht dem englischen Cabinet ganz offen und direct den Vorwurf, Frankreich hintergangen und in Ägypten ein doppeltes, d. h. ein falsches Spiel getrieben zu haben. „Diese Politik“, so heißt es am Schlusse des Artikels, „ist bedauerlich und das Resultat derselben kann für niemand vortheilhaft sein. Will etwa England uns überzeugen, daß es unvorsichtig ist, sich mit ihm zu einer gemeinschaftlichen Action zu verbinden? Will es uns auf unsere Kosten zeigen, daß es im kritischen Moment uns verlassen wird, wenn es nicht eine ganz überwiegende und siegende Rolle spielen kann? Sei es! Wir werden es uns gesagt sein lassen; aber was wird England dabei gewinnen? Die durch Lord Beaconsfield zur Geltung gebrachte Politik gehört zu denjenigen, welche, wenn auch offizieller Ansichten, so doch aufrichtiger und vertrauener Freundschaften schwerlich entbehren können, und diese Freundschaften sind auf alle Fälle niemals zu missachten.“

Der Figaro veröffentlicht heute eine „Enthüllung“ über die geheimen Absichten Gambetta's. Darauf will Gambetta augenblicklich noch nicht Ministerpräsident werden und deshalb auch vorläufig das Cabinet Waddington noch halten; er beabsichtige aber allerdings, seine jetzige sozusagen passive Stellung wieder aufzugeben, „sobald es Zeit sein werde“, und zwar, um die Conseilpräsidentschaft und zugleich die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten zu übernehmen. Letzteres will er aber erst dann, wenn die Republik im Stande sein wird, die bisher in den auswärtigen Fragen beobachtete vollständig passive Haltung aufzugeben, d. h. wenn die Organisation der Armee vollendet sein wird.

Wie bereits erwähnt, spricht sich das Journal des Débats vollständig zufrieden darüber aus, daß Deutschland gegen das Decret des Vicekönigs von Ägypten Einspruch erhoben hat. Es schreibt:

Durch die Errichtung von gemischten Tribunalen hat der Khedive den Mächten das Recht gegeben oder vielmehr die Pflicht auferlegt, sich um seine Finanzverwaltung zu kümmern und diese zu zwingen, seine Gesetze auszuführen, die einen diplomatischen Charakter erhalten haben. Deutschland hat für seine Rechnung dies bei verschiedenen Gelegenheiten wohl gemeint; es weiß, was es thut, wenn es die Ungeuglichkeit des Decrets vom 22. April erklärt. Deutschland hat augenscheinlich nicht die Absicht, sich zu tief in die ägyptischen Angelegenheiten zu mischen; aber es will bei der Sache auch nicht ganz unbehelligt bleiben; es sagt sich ohne Zweifel, daß bei den zukünftigen Bewegungen am Nil die Rolle eines „ehrlichen Musters“ auf ebenso fruchtbare Weise gespielt werden kann wie an der Donau. Daher die sehr geschickte, sehr aufmerksame, sehr kluge, aber auch ehrliche Politik, die es seit zwei Jahren in Ägypten verfolgt. Sein Handel in Kairo und Alexandria ist übrigens nicht ohne Wichtigkeit. Deutsche Schulen und Ausflugsstätten, welche wahre Meisterwerke sind, wurden seit langer Zeit in den beiden Städten gegründet. Die deutsche Kolonie macht dort Fortschritte; ohne die Bedeutung einiger anderer Colonien zu haben, verdient sie deshalb doch ein großes Interesse. Deshalb hat uns der Schrift keineswegs überrascht, den Deutschland durch seinen Consul ihm lieb. Wenn wir denselben hervorheben, so geschieht es, um alle anderen Consuln aufzufordern, sich ohne Berzug derselben anzuschließen, um in Erwähnung der Vortheile der Initiative die einer schnellen und entschlossenen Nachahmung zu haben.

Die Klerikalen bereiten für das Kronleuchtnamfest große Demonstrationen vor in der Art der nationalen Pilgerfahrten, die vor einigen Jahren Mode waren. Die Gemeinderäthe verschiedener Städte haben bereits beschlossen, die Kronleuchtnamprozession zu ver-

bieten, so die von Versailles, von Marseille, Augenze etc. Wenn aber diese Prozessionen in der Mehrzahl der Städte des Nordens, in der Bretagne und in einigen Theilen des Südens nicht verboten werden, so muß man sich auf klerikale Kundgebungen und auf radikale Gegenkundgebungen gefaßt machen.

Hast alle Bonapartisten werden für die Wahl Blanqui's stimmen, um einen Präcedenzfall zu haben, wenn sie den kaiserlichen Prinzen als Kandidaten aufstellen.

Großbritannien.

+ London, 21. Mai. Die Nothlage im Handel und Wandel macht sich, wie auf dem Continent, auch in England nicht zum wenigsten den Ackerbauinteressen fühlbar. So ist es denn erklärlich, daß auch hier eine agrarische Bewegung in Fluß kommt, nur daß die englischen Agrarier infolge der eigenthümlichen Grundbesitzverhältnisse etwas andere Form und Farbe haben als die deutschen. Der Grund und Boden Englands, mit Ausnahme der Stadtbezirke, ist fast ausschließlich in Händen von Großgrundbesitzern, die wieder ihr Land an eine große Zahl von Pächtern verpachten. Diese Pächter, welche in der Mehrzahl dem Jung-Jochen-Typus entsprechen, bestellen das Land mittels der völlig besitzlosen Landarbeiter, die ganz auf dem Fuße von Fabrikarbeitern behandelt werden und z. B. jederzeit auf vierzehntägige Kündigung hin aus ihren armeligen Wohnungen verjagt werden können; „Bauern“ wie in Westfalen, Friesland und Niedersachsen gibt es in ganz England nicht. Die Pächter sind nun zu dem Schlusse gekommen, einen Bünd zu stiften, um ihre Interessen in der Gesetzgebung und durch Selbsthilfe zu fördern. Sie haben fünf Reformationen in Aussicht genommen: Sicherstellung für das Kapital, das sie zur Verbesserung ihrer Pachtgrundstücke verwenden, die Abschaffung der Klassenvorrechte im Hypothekenwesen, Reform der Jagdgesetze, Aenderung aller gesetzlichen Bestimmungen, die ihrer wirtschaftlichen Fortentwicklung im Wege stehen, und Gewährung eines Anteils an der Verwaltung der Gräfschaften, welche bislang ausschließlich von den Großgrundbesitzern ausgeübt ward. Da die liberale Partei besonders geneigt ist, ihnen lechteres Zugeständniß zu machen, so könnte leicht die jetzige Bewegung darauf hinauslaufen, die sonst conservativen Pächter ins liberale Lager hinüberzuführen.

Niederlande.

Aus dem Haag vom 20. Mai wird der Nördlichen Zeitung geschrieben: „Pinloffs, der frühere Director der Afrikanischen Handelsvereinigung, ist noch nicht zur Haft gebracht; er soll mit einem spanischen Schiffe nach Südamerika entkommen sein. Nach einzelnen Nachrichten hatte der verstorbene Prinz Heinrich einen großen Theil seines Vermögens bei der genannten Handelsgesellschaft angelegt und den Ehrenvorsitz übernommen, während andere Quellen behaupten, daß der Prinz sich zwar sehr für die Gesellschaft interessirt, aber keineswegs eine erhebliche Zahl Aktien besessen habe. Der Verwalter seiner Hinterlassenschaft habe Einblick in die Verhältnisse der Gesellschaft genommen und dies habe den Ausbruch des Bankrotts beschleunigt. Die eigentliche Ursache soll die sein, daß die Gesellschaft immer mehr von ihrem eigentlichen Geschäft, dem mit dem Handel in Colonialwaren verbundenen Devisen- und Metallgeschäft, abgelenkt und in immer größere Speculationen im Effectengeschäft durch den Director Pinloffs verwirkt worden sei. Doch liegen zur Zeit die Verhältnisse so verschwommen, daß sich ein klarer Einblick noch nicht gewinnen läßt.“

Schweden und Norwegen.

Göteborgs Handels- och Sjöarts-Tidn. bemerkt zu der Nachricht, daß das Nordenstjöld'sche Expeditionsschiff bei Serde Kamen eingefroren ist: „Serde Kamen liegt ein Stück westlich vom Ostcap, auf dem 67,22. Grad nördl. Br. und dem 172. Grad westl. L., 600 schwedische Meilen von Jakutsk und 900 Meilen von Irkutsk entfernt. Der Brief von Nordenstjöld hat diese Strecke in sieben Monaten zurückgelegt. Bega liegt unter der Küste und wahrscheinlich steht Nordenstjöld mit den Eingeborenen in Verbindung. Die großartigen Vorbereitungen, welche getroffen werden, Nordenstjöld aufzusuchen, haben sich als unnötig erwiesen, denn, sobald das Eis schwindet, segt Nordenstjöld seine Reise durch den Beringsfund fort. Das in wissenschaftlicher Hinsicht Wichtigste bei dieser Nachricht ist, daß Nordenstjöld nicht, wie verschiedene annahmen, bei den sibirischen Inseln liegt, sondern das Ostcap erreicht hat, sobald die Nordostpassage jetzt also als faktisch ausgeführt betrachtet werden kann.“

Rußland.

Der brüsseler «Nord» bringt zu der englisch-russischen Verständigung folgenden bemerkenswerten Kommentar:

Die diplomatische Correspondenz zwischen den Cabineten von London und Petersburg, welche gegenwärtig veröffentlicht wird, bringt ein Phänomen ans Licht, dessen Vor-

Leipziger Börse.

23. Mai.

Wechsel.

Amsterdam pr. 100 Cr. s.	K. S. p. 8 T.	169,40 G	Berlin-Görlitzer 100 f.	1/1	17,50 G	Inl. Eisenb.-Prior.-Obl. %	Zins-Term.	
Brüssel und Antwerpen pr. 100 Pos.	K. S. p. 8 T.	81,10 G	Berl.-Potsdam-Magdeburg 100 f.	31/2	22 bz & G [I. D.]	Altenburg-Zeitz & 100 f.	21, 1/7	104,25 bz & G
London pr. 1 L. Sterl.	K. S. p. 8 T.	26,43 G	Berlin-Stettin v. 200 u. 100 f.	3/4	1/1, 1/7	Altona-Kiel v. 500 u. 100 f.	1/1, 1/7	101,50 G
Paris pr. 100 Francs	K. S. p. 8 T.	81,20 G	Böhmisches Nordbahn & 1500 f.	0	1/1	Annaberg-Weipert & 100 f.	do.	do.
Petersburg p. 100 Rubel	K. S. p. 21 T.	80,70 G	Bresl.-Schweidn.-Freib. 200 f.	31/4	do.	Berlin-Anhalt v. 500 u. 100 f.	do.	6,50 B
Warschau p. 100 Rubel	K. S. p. 8 T.	—	Buschlehrad. Lit. A. 5000 f.	0	do.	(Oberlausitz) 1500-300 f.	do.	18 B
Wien pr. 100 fl. in Oesterl. Wahr.	K. S. p. 8 T.	171,50 G	do. Lit. B. & 2000 f.	0	do.	- H. - 500 u. 100 f.	do.	101,50 G
Deutsche Fonds.			do. do. Lit. A. & 2000 f.	0	do.	- C. - 5000-500 f.	do.	101,25 G
Deutsche-A.-Anl. 1877 v. 5000-3000 f.	1/4 1/10	98,90 bs	do. do. 100 f.	1/1, 1/7	do.	102 G	do.	102 G
do. do. do. v. 1000 f.	do.	98,90 bs	do. do. 100 f.	1/1	do.	101,50 G	do.	101,50 G
do. do. do. v. 500-200 f.	do.	98,90 bs	do. do. 100 f.	1/1	do.	101,25 G	do.	101,25 G
K. S. Rentenanzl. v. 1878 v. 5000-3000 f.	1/1, 1/7	75,30 B	Galis. Carl-Ludwig & 2000 f.	0	do.	102,30 G	do.	102,30 G
do. do. do. v. 1000 f.	1/4, 1/10	75,30 B	Halle-Saale-Guben & 100 f.	0	do.	101,90 G	do.	101,90 G
do. do. do. v. 500 f.	1/1, 1/7	75,30 B	König-Mindes & 200 f.	62/1	do.	100 G	do.	100 G
do. do. do. v. 500 f.	1/4, 1/10	75,30 B	Märkische Nordbahn & 100 f.	0	do.	100 G	do.	100 G
do. do. do. v. 500 f.	1/1, 1/7	75,30 B	Märkisch-Halberst. & 100 f.	0	do.	100 G	do.	100 G
do. do. do. v. 500 f.	1/4, 1/10	75,30 B	Mains-Ludwigsb. & 2500 f.	4	do.	100 G	do.	100 G
do. do. do. v. 300 f.	1/1, 1/7	75,30 B	Oberschl.-Lit. A. C.D.E. 100 f.	81/2	do.	100 G	do.	100 G
do. do. do. v. 300 f.	1/4, 1/10	75,30 B	do. do. 100 f.	1/1, 1/7	do.	100 G	do.	100 G
do. do. do. v. 300 f.	1/1, 1/7	75,30 B	do. do. 100 f.	1/1	do.	100 G	do.	100 G
do. do. do. v. 300 f.	1/4, 1/10	75,30 B	do. do. 100 f.	1/1, 1/7	do.	100 G	do.	100 G
do. do. do. v. 300 f.	1/1, 1/7	75,30 B	do. do. 100 f.	1/1	do.	100 G	do.	100 G
do. do. do. v. 300 f.	1/4, 1/10	75,30 B	do. do. 100 f.	1/1, 1/7	do.	100 G	do.	100 G
do. do. do. v. 300 f.	1/1, 1/7	75,30 B	do. do. 100 f.	1/1	do.	100 G	do.	100 G
do. do. do. v. 300 f.	1/4, 1/10	75,30 B	do. do. 100 f.	1/1, 1/7	do.	100 G	do.	100 G
do. do. do. v. 300 f.	1/1, 1/7	75,30 B	do. do. 100 f.	1/1	do.	100 G	do.	100 G
do. do. do. v. 300 f.	1/4, 1/10	75,30 B	do. do. 100 f.	1/1, 1/7	do.	100 G	do.	100 G
do. do. do. v. 300 f.	1/1, 1/7	75,30 B	do. do. 100 f.	1/1	do.	100 G	do.	100 G
do. do. do. v. 300 f.	1/4, 1/10	75,30 B	do. do. 100 f.	1/1, 1/7	do.	100 G	do.	100 G
do. do. do. v. 300 f.	1/1, 1/7	75,30 B	do. do. 100 f.	1/1	do.	100 G	do.	100 G
do. do. do. v. 300 f.	1/4, 1/10	75,30 B	do. do. 100 f.	1/1, 1/7	do.	100 G	do.	100 G
do. do. do. v. 300 f.	1/1, 1/7	75,30 B	do. do. 100 f.	1/1	do.	100 G	do.	100 G
do. do. do. v. 300 f.	1/4, 1/10	75,30 B	do. do. 100 f.	1/1, 1/7	do.	100 G	do.	100 G
do. do. do. v. 300 f.	1/1, 1/7	75,30 B	do. do. 100 f.	1/1	do.	100 G	do.	100 G
do. do. do. v. 300 f.	1/4, 1/10	75,30 B	do. do. 100 f.	1/1, 1/7	do.	100 G	do.	100 G
do. do. do. v. 300 f.	1/1, 1/7	75,30 B	do. do. 100 f.	1/1	do.	100 G	do.	100 G
do. do. do. v. 300 f.	1/4, 1/10	75,30 B	do. do. 100 f.	1/1, 1/7	do.	100 G	do.	100 G
do. do. do. v. 300 f.	1/1, 1/7	75,30 B	do. do. 100 f.	1/1	do.	100 G	do.	100 G
do. do. do. v. 300 f.	1/4, 1/10	75,30 B	do. do. 100 f.	1/1, 1/7	do.	100 G	do.	100 G
do. do. do. v. 300 f.	1/1, 1/7	75,30 B	do. do. 100 f.	1/1	do.	100 G	do.	100 G
do. do. do. v. 300 f.	1/4, 1/10	75,30 B	do. do. 100 f.	1/1, 1/7	do.	100 G	do.	100 G
do. do. do. v. 300 f.	1/1, 1/7	75,30 B	do. do. 100 f.	1/1	do.	100 G	do.	100 G
do. do. do. v. 300 f.	1/4, 1/10	75,30 B	do. do. 100 f.	1/1, 1/7	do.	100 G	do.	100 G
do. do. do. v. 300 f.	1/1, 1/7	75,30 B	do. do. 100 f.	1/1	do.	100 G	do.	100 G
do. do. do. v. 300 f.	1/4, 1/10	75,30 B	do. do. 100 f.	1/1, 1/7	do.	100 G	do.	100 G
do. do. do. v. 300 f.	1/1, 1/7	75,30 B	do. do. 100 f.	1/1	do.	100 G	do.	100 G
do. do. do. v. 300 f.	1/4, 1/10	75,30 B	do. do. 100 f.	1/1, 1/7	do.	100 G	do.	100 G
do. do. do. v. 300 f.	1/1, 1/7	75,30 B	do. do. 100 f.	1/1	do.	100 G	do.	100 G
do. do. do. v. 300 f.	1/4, 1/10	75,30 B	do. do. 100 f.	1/1, 1/7	do.	100 G	do.	100 G
do. do. do. v. 300 f.	1/1, 1/7	75,30 B	do. do. 100 f.	1/1	do.	100 G	do.	100 G
do. do. do. v. 300 f.	1/4, 1/10	75,30 B	do. do. 100 f.	1/1, 1/7	do.	100 G	do.	100 G
do. do. do. v. 300 f.	1/1, 1/7	75,30 B	do. do. 100 f.	1/1	do.	100 G	do.	100 G
do. do. do. v. 300 f.	1/4, 1/10	75,30 B	do. do. 100 f.	1/1, 1/7	do.	100 G	do.	100 G
do. do. do. v. 300 f.	1/1, 1/7	75,30 B	do. do. 100 f.	1/1	do.	100 G	do.	100 G
do. do. do. v. 300 f.	1/4, 1/10	75,30 B	do. do. 100 f.	1/1, 1/7	do.	100 G	do.	100 G
do. do. do. v. 300 f.	1/1, 1/7	75,30 B	do. do. 100 f.	1/1	do.	100 G	do.	100 G
do. do. do. v. 300 f.	1/4, 1/10	75,30 B	do. do. 100 f.	1/1, 1/7	do.	100 G	do.	100 G
do. do. do. v. 300 f.	1/1, 1/7	75,30 B	do. do. 100 f.	1/1	do.	100 G	do.	100 G
do. do. do. v. 300 f.	1/4, 1/10	75,30 B	do. do. 100 f.	1/1, 1/7	do.	100 G	do.	100 G
do. do. do. v. 300 f.	1/1, 1/7	75,30 B	do. do. 100 f.	1/1	do.	100 G	do.	100 G
do. do. do. v. 300 f.	1/4, 1/10	75,30 B	do. do. 100 f.	1/1, 1/7	do.	100 G	do.	100 G
do. do. do. v. 300 f.	1/1, 1/7	75,30 B	do. do. 100 f.	1/1	do.	100 G	do.	100 G
do. do. do. v. 300 f.	1/4, 1/10	75,30 B	do. do. 100 f.	1/1, 1/7	do.	100 G	do.	100 G
do. do. do. v. 300 f.	1/1, 1/7	75,30 B	do. do. 100 f.	1/1	do.	100 G	do.</	

